

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint 5mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2,- RM monatlich, ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreis nach Vereinbarung. Platz- und Datenveränderungen ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag, Berlin S. 14, Inselstraße 8a. Postcheckkonto Hannover Nr. 238 44 (Willi Eichler, Berlin S. 14, Inselstraße 8a).

NUMMER 12 A

BERLIN • Freitag, den 15. Januar 1932

1. JAHRGANG

## Wieder über 5000 auf der Straße.

Rheinhausen, 13. Januar.

Die der FRIEDRICH-KRUPP-A.-G. gehörige FRIEDRICH-ALFRED-Hütte in Rheinhausen wird infolge Auftragsmangels am 16. Januar vorläufig stillgelegt. Es werden voraussichtlich etwa 4250 Arbeiter betroffen.

### 1200 Bergleute und 70 Beamte entlassen.

Duisburg, 14. Januar.

Im Hauptverwaltungsgebäude der Bergbau-Gruppe Hamborn der Vereinigten Stahlwerke in Hamborn fanden am Mittwoch Stilllegungsverhandlungen über den Antrag der Bergbau-

Gruppe auf Entlassung von 1200 Bergleuten und etwa 70 Beamten statt. Der Antrag wurde begründet mit dem starken Rückgang an Aufträgen, namentlich in Feinkohle, so daß mehrere Abbaueviere stillgelegt werden müßten. Nach eingehender Erörterung aller Möglichkeiten wurde dem Antrag zugestimmt.

### Das Schicksal der verschütteten Bergleute.

gr Beuthen, 13. Januar.

Die Situation auf dem Unglückssechacht ist unverändert.

## Faschistische Willkürherrschaft.

### Das Brester Urteil.

Warschau, 13. Januar.

Am Mittwoch hat das Warschauer Strafgericht im Brester Prozeß das Urteil gefällt. Zehn Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von 1½ bis 8 Jahren verurteilt. Freigesprochen wurde nur der Bauernführer SAWITZKI.

Mit diesem Urteil findet ein offener Unterdrückungsakt gegen die polnischen Oppositionsführer (Sozialisten und Bauernpartei) einstweilen seinen Abschluß. Sie wurden am Tag vorher in die Militärgefängnisse von Brest-Litowsk verschleppt und dort, wie es in allen polnischen Gefängnissen üblich zu sein scheint, schwer mißhandelt. Pilsudski, damals noch Ministerpräsident, beschuldigte sie zunächst verschiedener Betrügereien wie Wechselfälschungen. Ein Dutzend oppositionelle Politiker verschiedener Parteien — ausgerechnet die der Regierung mißliebigen Leute — sollten plötzlich alle in Betrügereien verwickelt sein! Es war allzu durchsichtig, wer in diesem Falle der Betrüger war. Die einige Monate später fertiggestellte Anklageschrift sprach nicht mehr von Betrügereien, sondern von bewaffnetem Umsturz und revolutionärer Aufwiegelung der Massen. Bewaffnete Gewaltakte konnten den Angeklagten nicht nachgewiesen werden. Dutzende von Spitzeln warteten mit Belastungsaussagen auf, deren Haltlosigkeit die Verteidiger, berühmte Verteidiger polnischer Revolutionäre vor den Gerichten des russischen Zaren, auf der Stelle nachweisen konnten. Die Verurteilung wurde gestützt auf unbeanstandet erschienenen Zeitungsartikel, auf Vorträge, auf Verhandlungen eines polizeilich überwachten Kongresses.

Auch in PILSUDSKI sehen wir offenbar einen Mann vor uns, der die aufstrebende Arbeiterbewegung nur mißbraucht hat, seinen nationalistischen Ansprüchen zu dienen. Die Zahl der „Sozialisten“, die nach längerer oder kürzerer Zeit ins offene Faschistenlager übergehen, ist Legion. MUSSOLINI und PILSUDSKI sind wohl die beiden traurigen „Berühmtheiten“ dieser Gruppe. Auf die Frage, was die Arbeiterschaft tun kann, um sich gegen solche Elemente zu sichern, die sie schwer kompromittieren, kommen wir in Kürze zurück.

\*) Ueber die Behandlung der Minderheiten in Polen vergleiche Nr. 5 des „Funken“, vom Dienstag, den 5. Januar 1932.

### Kanton gegen die Rückkehr Tschiangkaischeks.

Moskau, 13. Januar.

Nach einer russischen Meldung aus Nanking haben die Vertreter der Kantonregierung erklärt, daß die Rückkehr Tschiangkaischeks auf den Präsidentenposten das Aufhören der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Nanking bedeuten würde.

### Japans Kampf gegen „Banditen und Kommunisten“.

Moskau, 13. Januar.

Der ehemalige japanische Kriegsminister, MINAMI, der im Auftrage des Kaisers nach der Mandchurei gereist war, um dort die politische Lage zu studieren, berichtete nach seiner Rückkehr dem Kaiser und dem Kabinett, daß die japanische Armee den Kampf in der Mandchurei fortsetzen müsse, weil verschiedene Gebiete von kommunistischen Truppen und Banden bedroht seien.

Tokio, 13. Januar.

Zu der Unterredung des russischen Botschafters TROJANOWSKI mit dem japanischen Ministerpräsidenten INUKAI wird mitgeteilt: INUKAI habe den russischen Botschafter dahin unterrichtet, daß die japanische Offensive in der Nord-Mandchurei nicht gegen Rußland gerichtet sei, sondern nur gegen

die chinesischen Banditen. Die japanische Regierung denke nicht daran, die chinesische Ostbahn zu besetzen. Wenn Charbin (der Hauptknotenpunkt der Ostbahn!) besetzt werden sollte, würde diese Besetzung nur vorübergehenden Charakter tragen, und die japanischen Truppen würden abrücken, sobald die Ordnung wiederhergestellt sei.

Moskau, 13. Januar.

Nach einer Meldung aus Tokio belaufen sich die gesamten Kosten der japanischen Militärexpedition auf etwa 31 Millionen Yen (rund 60 Millionen Mark).

### Die Antwort der Nankingregierung.

Nanking, 14. Januar.

Am Mittwoch wurde die Antwortnote der chinesischen Regierung auf die amerikanische Note an Japan und China dem amerikanischen Generalkonsul in Nanking ausgehändigt. In der Note wird betont, daß China bereit sei, mit den Vereinigten Staaten an der Aufrechterhaltung der Unantastbarkeit des Neunmächte-Abkommens zusammenzuarbeiten.

## Preußen mildert alte Sparmaßnahmen

Berlin, 13. Januar.

Der Beamtenschaftsausschuß des preußischen Landtages beschloß am Mittwoch, daß die preußischen Sparverordnungen alsbald so geändert werden, daß jede Schlechterstellung von Beamten gegenüber den Reichsbeamten beseitigt wird.

Die durch die erste Sparverordnung eingetretenen „Verslechterungen“ in dem Schutzpolizeibeamtengesetz und dem preußischen Polizeibeamtengesetz sollen nach dem Beschluß beschleunigt aufgehoben, die Notlage der stellenlosen Lehrpersonen und Schulumwärtler soll behoben werden. Es sollen auch Maßnahmen getroffen werden, um zu verhüten, daß die Einkommen der staatlichen Angestellten und Arbeiter durch die in der neuen Notverordnung des Reichspräsidenten für sie vorgesehenen allgemeinen Gehalts- und Lohnsenkungen unter den Stand vom 10. Januar 1927 gesenkt werden.

### ... und steht vor neuen.

Berlin, 13. Januar.

Zur Deckung des Fehlbetrages im preußischen Haushalt, dessen Höhe sich zur Zeit noch nicht übersehen läßt, sollen weitere Sachersparnisse vorgenommen werden. An eine Notverordnung wird jedoch nicht gedacht.

## Das neue Kabinett Laval gebildet.

Paris, 14. Januar.

Ministerpräsident LAVAL hat um Mitternacht sein neues Kabinett gebildet und es sofort dem Staatspräsidenten vorgestellt.

Das neue Kabinett weist nur wenige Veränderungen auf. BRIAND ist endgültig ausgeschieden, und LAVAL ist Außenminister. Das Innenministerium ist in die Hände des bisherigen Unterstaatssekretärs CATHALA übergegangen, während TARDIEU sich doch noch dazu entschlossen hat, das Kriegsministerium zu übernehmen. An seine Stelle im Landwirtschaftsministerium tritt der bisherige Unterstaatssekretär im gleichen Ministerium FOULD. Alle übrigen Ministerien und Unterstaatssekretariate haben die gleiche Besetzung behalten. LAVAL erklärte, daß er Gelegenheit gehabt habe, noch einmal mit BRIAND Rücksprache zu nehmen und daß er ihn gebeten habe, der Regierung auch weiterhin zur Seite zu stehen.

### Russische Besorgnisse.

Moskau, 13. Januar.

In politischen Kreisen befürchtet man, daß durch die Ernennung TARDIEUS zum Kriegsminister die russisch-französischen Beziehungen gefährdet werden könnten.

## Abrüstung.

1.

Fr. Das ermüdende Einerlei der Verhandlungen über den Zeitpunkt der Lausanner Konferenz ist in diesen Tagen einem starken Angriffsgeist gewichen. BRÜNNINGS einschlägige Absage an die Zahlung politischer Schulden und Frankreichs frostige Zurückhaltung in den Fragen der Kreditverlängerung zeigen, daß hier innere Gegensätze vorhanden sind, die gerade jetzt, unmittelbar vor den beiden großen internationalen Konferenzen, hart aufeinanderplatzen. Werden sich in Lausanne die Formen des Streites mildern? Oder wird wieder jeder dem andern die Verantwortung und die Initiative zuschieben, so daß Ablehnung und Argwohn die Verhandlungen beherrschen — sofern nicht die Aussichtslosigkeit solcher Unterredungen die Konferenzen in tödliche Langeweile versinken läßt? Die große Menge der Reparations- und der Abrüstungsfragen und ihre enge Verflochtenheit machen es den Vertretern der Großmächte leicht, entscheidenden Schritten auszuweichen. Schon heute gehen die Meinungen darüber, von welchem Punkt aus dieser Komplex von Schwierigkeiten entwirrt werden kann, weit auseinander.

Der amerikanische Senator BORAH hat in seiner Neujahrsrede erklärt: „Der Friede, der jetzt herrscht, ist auf Waffengewalt basiert. Eine Rüstungsverminderung in Europa ist undenkbar, solange es Gefahrenmomente wie den polnischen Korridor, das zerstückelte Ungarn und die russische Drohung gibt.“

Mit andern Worten: Löst zunächst die Konflikte, die zwischen euch bestehen. Erst dann könnt ihr daran denken, die Waffen aus der Hand zu legen.

Die französische Regierungspresse hat eine andere Sprache geführt, als sie auf HINDENBURGS Neujahrsforderung, man dürfe Deutschland „sein gutes Recht“ auf „gleiche Sicherheit“ nicht vorenthalten, mit einer Welle gesteigerten Mißtrauens gegen Deutschland und seine Ansprüche reagiert hat. Dieses Mißtrauen hat seitdem durch BRÜNNINGS Erklärung neue Nahrung erhalten. Wie soll sich die aufs äußerste gespannte Situation klären, solange eine offensichtliche Ursache, das Mißtrauen Frankreichs gegen die Friedensbereitschaft Deutschlands, nicht beseitigt ist?

Im Gegensatz hierzu ist die deutsche Presse fast einstimmig der Meinung, daß die offizielle Feststellung der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands diesem das Recht gebe, als den ersten Schritt der Verständigung ein Entgegenkommen Frankreichs in der Reparationsfrage zu erwarten, nein! zu fordern.

Wer hat hier recht?

2.

Sind wir als Sozialisten überhaupt interessiert an dieser Frage? Was geht es uns an, wenn kapitalistische Regierungen sich nicht einmal darüber einigen können, wo es bei dem Versuch einer Verständigung anzufangen haben?

Wir können nicht unbekümmert daran vorbeigehen. Denn das völlige und offensichtliche Scheitern der internationalen Verhandlungen würde die Krise und mit ihr die wirtschaftliche Bedrohung der Arbeiterschaft von neuem anschwellen lassen. Die nationalistische Verhetzung, die heute schon dahin geführt hat, daß auch in der Arbeiterpresse von Young-Sklaverei und Tribut den Rede ist, würde mehr und mehr über die sich ihr widersetzenden besonnenen Stimmen die Oberhand gewinnen und damit den gemeinsamen Kampf der arbeitenden Massen gegen die kapitalistischen Regierungen erschweren. Damit und mit dem Wetteifern der Nationen würde schließlich der imperialistische Krieg, der schon morgen die Welt ins Chaos stürzen kann, immer drohender vor der Arbeiterschaft auftauchen.

Angesichts dieser Gefahren ist es geboten, daß Sozialisten die Diplomaten-Künste entlarven, durch die die Völker auseinandergerissen und verleitet werden, sich gegenseitig mit dem Untergang zu bedrohen. Wie stark Freiheit und Großzügigkeit den Argwohn zwischen den Völkern, wenn auch nicht zwischen ihren Regierungen — zuzubändigen machen kann, haben wir erst kürzlich bei dem tapferen Vorstoß der „Dépêche de Toulouse“ selber spüren können. Wir wollen dieser französischen Stimme antworten!

Wir sind uns darüber klar, daß es sinnlos wäre, hierbei auf eine Unterstützung seitens der kapitalistischen Regierungen zu rechnen. Denn für diese Regierungen ist nicht das öffentliche Interesse ihrer Völker entscheidend, dessen Befriedigung in erster Linie einen friedlichen Verkehr der Staaten zur Voraussetzung hat; sie werden vielmehr bestimmt durch die Privatinteressen ihrer herrschenden Klassen, eine Abhängigkeit, die für gewöhnlich durch große Worte wie „Volksgemeinschaft“ oder „nationale Macht und Ehre“ verdeckt wird, die aber in kritischen Augenblicken mit erschreckender und beschämender Deutlichkeit hervortritt. Der Zynismus, mit dem der „Manchester Guardian“ den Nachweis orbrachte hat, in welcher Weise bloße Handelsinteressen die Politik der Großmächte im mandchurischen Konflikt geleitet

haben und noch leiten — allen angeblichen Versuchen, durch einen Spruch des Völkerrechts Frieden zu schaffen, zum Trotz — ist ein beredtes Zeugnis dafür. Kein Wunder, daß im Verkehr der Staaten keiner dem anderen traut und daß mit der steigenden Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen die Schwierigkeiten der Verständigung ins Ungeheure wachsen.

Auch die Verhandlungen in Genf und Lausanne werden an diesem Fundament der Völkerfeindschaften und der imperialistischen Kriege nicht rütteln. Vielleicht tritt durch Englands Vermittlung eine vorübergehende Entspannung der Lage ein: Auch Handelsinteressen verlangen ja Ruhe und Stetigkeit in den internationalen Beziehungen. Aber gesichert ist ein solcher Friede nicht.

3.

Damit ist der Streit um den Vorrang von Abrüstungs- und Reparationsfragen für Sozialisten im Grunde bereits entschieden: Ihre erste Forderung muß sein, daß diejenigen, die mit Völkerschicksalen spielen und sie als Werkzeug zur Befriedigung von Privatinteressen einsetzen, keine Waffen in der Hand haben. Der Apparat moderner Kriegstechnik, der in der Hand kapitalistischer Regierungen zum Konkurrenzkampf mit andern Staaten und zur Gegenwehr gegen den Angriff der Sozialisten bereit steht, bedroht die Arbeiterschaft dauernd mit der physischen Vernichtung und ist darum ungleich gefährlicher als das Hinschleppen der Reparationsverhandlungen, das zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage führen kann.

Der Gedanke, daß in außenpolitischen Fragen Abrüstung die dringendste Aufgabe ist, die wir als Sozialisten anzumelden haben, zeigt uns zudem gerade in Deutschland einen Weg, die öffentliche Meinung im eigenen Volk zur Initiative aufzurufen. Bei der Regelung der Reparationsfragen ist Deutschland an internationale Verträge gebunden und kann darum nur Verhandlungen anbieten. Anders in der Abrüstungsfrage: Deutschland kann von sich aus das Bauen von Panzerkreuzern einstellen, die nur Geld kosten und Frankreich reizen; es kann seine Rüstungen beschränken auf das zur inneren Sicherheit notwendige Maß; es kann heute noch Schluß machen mit den nichtstaatlichen Wehrorganisationen des „Stahlhelms“ und der SA, die eine unmittelbare Bedrohung der Arbeiterschaft bedeuten und dem französischen Mißtrauen gegen den deutschen Friedenswillen dauernd Nahrung und mindestens einen guten Teil Berechtigung geben; es kann diesen nationalistischen Bestrebungen gegenüber mit solcher Festigkeit auftreten, daß schon dadurch der Verdacht ausgeschlossen wird, die deutsche Regierung dulde eine nationalsozialistische Luftflotte, die sich hinter dem Schild eines sportlichen Unternehmens verberge. In all diesen Punkten kann Deutschland von sich aus zu Taten schreiten, die dem Frieden dienen.

Wir fordern daher diese Abrüstung.

4.

Den Vorwurf, daß dieser „extreme Pazifismus“ das deutsche Volk der Willkür und dem bösen Willen eines übermächtigen Gegners ausliefern, weisen wir zurück.

Wir wollen uns hier nicht darauf einlassen, abzuwägen, was geschehen würde, wenn ein französischer Angriff erfolgen würde. Auch diesem Fall kann man ruhig ins Auge sehen. Aber der entscheidende Punkt, auf den wir mit allem Ernst die Aufmerksamkeit richten müssen, liegt an einer andern Stelle: Die Angst vor französischen Uebergriffen ist künstlich durch nationalistische Verhetzung hochgepoitscht. Das französische Volk hat keine Angriffspläne, genau so wenig wie im Grunde das deutsche Volk; die Chauvinisten beider Länder suchen mit Eifer alles hervor, was sie zur Begründung ihres Nationalismus im anderen Land entdecken können. Eine Regierung in Deutschland, die durch eindringlich friedfertiges Benehmen die französischen Nationalisten entwaffnet, täte mehr für die Abrüstung als jede noch so geschickte deutsche Delegation in Genf erreichen wird. Wenn in einem Staat unter dem Nachdruck derer, die für die Sache des Sozialismus eintreten, die Stimme des Rechts und der Vernunft laut wird, werden sich in jedem Volk Menschen finden, die darauf gewartet haben, diese Sprache zu hören und die bereit sind, in ihr Antwort zu geben.

## WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(11. Fortsetzung.)

Brandt umkrallt das Höhensteuern, als wollte er den „Helios“ geradenwegs auf die Erde aufrennen lassen. Direkt nach Genf! Römischer Ultimatum! Die Not dahinten im Osten stinkt herauf zum fernen „Helios“! Das also ist Capponis Antwort auf Brandts Appell, normale Zustände herzustellen? Verliert Europa die Besinnung? Ultimatum! Was soll die lächerliche Geste, hinter der nichts steht? Machtgebärde, die nur Gelächter auslösen kann! Wer will heute in Europa noch seinen Machtwillen durchsetzen gegen die Völker! Rom? Belgrad? Truppenaufmärsche womöglich, nicht wahr? Und Léon Brandt ist der Hanswurst, der sich widerstandslos von den Herren Staatsmännern hinter die Kulissen des Welttheaters abschleichen läßt?

Böse schallt Brandts höhnische Lache. Die Motore hämmern plötzlich mit sinnloser Wut. Letzten Atem her! Noch fünfzig Kilometer! Zwanzig Kilometer!

Von Süden her knattert es entgegen. Zwei amerikanische Flugzeuge mit Lichtern holen feierlich den anstürmenden „Helios“ ein.

Washington glitzert wie ein Heer von Leuchtkäfern. Der „Helios“ bremst seine schießende Fahrt. Vor ihm, wegweisend, fliegen die Amerikaner. In sanftem Bogen um die leucht-sprühende Stadt herum. Ein grell beleuchtetes Rechteck von gewaltigen Ausmaßen, wie ausgespanntes Linnen, zeichnet sich am Erdboden ab: der Flughafen von Washington. Leuchtbaken mit rotierenden Scheinwerfern überfluten ihn mit Taghelligkeit.

Gedrosselte Motore. Schräg steht der goldgelbe „Helios“ in der Kurve.

Die Motore stoppen ganz ab. Der Riesenvogel zischt im Gleitflug zur Erde, hinein in den dröhnenden Jubel einer be-

## Präsidentenwahl.

Die geplante Einheitsfront von WELS bis HITLER, von der BRÜNING die Stützung des außenpolitischen Anschlusses Deutschlands erhoffte, bröckelt auseinander. Zwar sind die Sozialdemokraten noch immer schweigsam, ob sie einen Kandidaten aufstellen wollen oder nicht; aber die „Frankfurter Zeitung“ glaubt zu wissen, daß OTTO BRAUN sich nicht aufstellen lassen will. Selbst jetzt, wo die Nationalsozialisten durch FRICK öffentlich haben erklären lassen, daß sie einen Mann aus ihren Reihen wählen möchten, es sei denn, daß BRÜNING zuvor verschwände, sagt der „Vorwärts“ nur, daß ein solcher Mann für „alle anderen Parteien, vielleicht die Deutschnationalen ausgenommen, unannehmbar ist“.

Wir kommen auf die Präsidentenwahl in der nächsten Nummer des „Funkens“ zurück.

## Briand ausgebootet.

k Paris, 14. Januar.

Die Linkspresse, und besonders der sozialistische „Populaire“, greifen LAVAL weiter heftig an und werfen ihm vor, den Außenminister regelrecht gegen seinen Willen ausgebootet zu haben. Das, was man von Ratschlägen der Aerzte und dem schlechten Gesundheitszustand gesagt habe, sei nur ein Manöver, denn BRIAND habe sich selten so wohl gefühlt, wie gerade in den Tagen der Krise.

## Die englisch-französischen Verhandlungen.

k Paris, 13. Januar.

Erklärungen amtlicher französischer Kreise bestätigen, daß französischerseits in den Besprechungen mit dem englischen Finanzsachverständigen LEITH ROSS eine Lösung vorgeschlagen worden ist, nach der Deutschland ein Zahlungsaufschub von zwei Jahren für die geschützten Zahlungen gewährt werden soll. Die ungeschützten Zahlungen sollten kommercialisiert in Obligationen der Reichsbahn auf den Markt gebracht werden. Sie sollten erst vom Jahre 1934 ab in den Verkehr kommen.

## Unverschämtheit eines Arbeitsamts.

g Berlin, 13. Januar.

Ein beim Arbeitsamt Eberswalde zur Aushilfe angestellter Arbeiter hatte während der Dauer seiner dortigen Tätigkeit täglich zwei bis acht Ueberstunden geleistet, für die eine Vergütung nicht gezahlt worden war. Der Vertreter des Arbeitsamts nahm den Standpunkt ein, daß Ueberstunden ausdrücklich verboten gewesen seien. Der Kläger sei zudem ein langsamer Arbeiter gewesen, der auf diese Weise die während der normalen Arbeitszeit nicht geleistete Arbeit habe nachholen wollen. Die Beweisaufnahme ergab, daß tatsächlich Ueberstunden geleistet worden sind. Weiter wurde durch die Beweisaufnahme als erwiesen erachtet, daß die Leistung der Ueberstunden durch die Amtsleitung gebilligt worden sei. Der Vergleichsvorschlag des beklagten Arbeitsamts wurde vom Kläger zurückgewiesen. Das Arbeitsgericht kam zu einem Urteil, durch das dem Kläger das Geld für sämtliche eingeklagten 180 Ueberstunden voll zugesprochen wurde.

## Kommunisten vor dem Schnellrichter

a Hannover, 13. Januar.

Vor dem hiesigen Schnellrichter hatten sich heute 32 Angeklagte, die dem kommunistischen revolutionären Kampfbund angehören, wegen Landfriedensbruch, Teilnahme an einer verbotenen oder nicht genehmigten oder unter freiem Himmel stattgefundenen Versammlung sowie wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Die Aussagen der Zeugen und Polizeibeamten sollen ergeben haben, daß es sich um eine Zusammenrottung, also um Landfriedensbruch im Sinne des Gesetzes, gehandelt habe. Das Urteil lautet bei 25 Angeklagten auf Freisprechung. Wegen Landfriedensbruch wurde ein Angeklagter zu neun, ein anderer zu sieben Monaten und drei weitere Angeklagte zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen Vergehens gegen die Notverordnung erhielten zwei Angeklagte sechs bzw. fünf Monate, ein weiterer eine Woche Gefängnis.

rauschten Menge, die Frankreichs Außenminister grüßt, den verwegenen Piloten, den seltsamen Menschen Léon Brandt, dessen Name gehäßt und geliebt wird.

VI.

Der stolze Bau, den sich die Nationen schufen als Symbol der Kraft und Eintracht, wirft in der Nacht auf den 22. August 1934 seine Lichtbündel heraus auf das schlafende Genf.

Seit zwei Uhr sind die vierzehn Weltweisen am runden Tisch vereinigt. Grünverhangene Lampen geben behagliches Licht. Da sitzen die ständigen und nichtständigen Ratsmitglieder in sachlich geformten Sesseln, zwischen weichen und sachlichen Polstern. Vor jedem Platz liegt die berühmte Ledermappe, Papier, Füllfederhalter, Zigarettenrauch webt über den Köpfen blaue Schleier.

Man sieht es den vierzehn Gesichtern an: Bitte, um keinen Preis Erregung dokumentieren! Die Sache ist viel zu wichtig, um darüber rote Köpfe zu bekommen. Hier wird jedes Wort auf die Goldwaage gelegt, und wo sich dennoch ein stärkerer Laut vorwagt, wird mit nachsichtigem, sanft verwarnendem Lächeln quittiert. Hier, an diesem runden Tisch muß die Formel gefunden werden, die die Rechenexempel der Völker löst. Sonst wankt der Boden unter den Füßen.

Der Franzose, der den Vorsitz führt, spricht über eine Stunde. Er betrachtet den Fall von allen Windrichtungen, ohne Leidenschaft. Wer hat die Streitigkeiten in Albanien veranlaßt? Wer ist der Schuldige? Ueberschritt der südslawische Posten seine Machtbefugnisse? Fiel seine Kugel auf albanischen Boden oder stürzte dort nur der Getroffene zusammen? Belgrad büßet Tirana, Tirana Belgrad die Schuld auf, Pilatus hatte nicht schwerer zu entscheiden als diese vierzehn.

„Man halbiert die Schuld“, schlägt lächelnd der Deutsche vor, „und die Waage wird ungefähr im Gleichgewicht sein.“

Die Einfachheit der Lösung verblüfft. Der Engländer zieht daraus sofort die praktische Nutzenanwendung: „Der Rat gibt Belgrad und Tirana auf, ihre Grenzabteilungen zehn Kilometer hinter die Grenze zurückzuziehen.“

Der Franzose hat Bedenken, diese Zumutung scheint ihm für den Belgrader Freund zu hart. „Die eigentliche Grenzverletzung bestand doch darin, daß Albanier über die Grenze

## Nazis vor dem Schnellrichter.

Sie waren „guten Glaubens“.

d Hamburg, 13. Januar.

Vor dem Hamburger Schnellgericht hatten sich am Mittwoch 76 Nationalsozialisten wegen Vergehens gegen die Bestimmungen der Notverordnung vom 28. März 1931 zu verantworten. Das Vergehen wurde von der Staatsanwaltschaft darin erblickt, daß die Angeklagten eine Druckschrift politischen Inhalts verteilt hatten, die nach Ansicht der Polizei ein nicht angemeldetes Flugblatt, nach Auffassung der Nationalsozialisten aber eine Zeitungsbeilage darstellte. Die Druckschrift hatte dem „Hamburger Tageblatt“ beigegeben und war als „Beilage des „Hamburger Tageblattes“ gekennzeichnet, unterschied sich allerdings sonst weder der Form noch dem Druck nach von einem Flugblatt. Die Angeklagten gaben an, des guten Glaubens gewesen zu sein, nichts Verbotswidriges zu tun. Bei einem der Angeklagten war außerdem ein Totschläger beschlagnahmt worden. Der Schnellrichter sprach sämtliche Angeklagten mit einer Ausnahme frei: Nur der Besitzer des Totschlägers wurde wegen Waffenmißbrauchs zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Das Gericht hielt die Beilage des „Hamburger Tageblattes“ zwar für ein Flugblatt, das vor seiner Verteilung als Flugblatt der Polizei hätte vorgelegt werden müssen. Die Angeklagten hätten aber subjektiv in gutem Glauben gehandelt. Deshalb mußten sie aus subjektiven Gründen freigesprochen werden.

## Zwei Nazi-Lokale geschlossen.

h Berlin, 13. Januar.

Die Nazi-Lokale in der Hebbelstraße 20 (Charlottenburg) und in der Huttenstraße 23, von denen zu besorgen ist, daß sie von einer Mehrheit von Personen als Sammelstätte oder Stützpunkt für Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen benutzt werden, werden auf Grund der Dritten Notverordnung des Reichspräsidenten zunächst für vier Wochen für die Zeit von 18 Uhr bis 6 Uhr polizeilich geschlossen.

## Verbot des „Angriff“ aufgehoben.

h Berlin, 13. Januar.

Auf die Beschwerde des „Angriff“ hin, hat der Reichsinnenminister am Mittwoch das am Freitag vom Berliner Polizeipräsidenten ergangene Verbot des „Angriff“ aufgehoben.

## Nazi-Zeitung verboten.

i Breslau, 13. Januar.

Der Oberpräsident von Niederschlesien hat am Mittwoch die nationalsozialistische „Schlesische Tageszeitung“ für die Dauer von zehn Tagen bis einschließlich 23. Januar verboten. In der Begründung heißt es, daß in einem Artikel in der Nummer vom 8. Januar mit der Überschrift: „Die weiße Weste des Magistrats“, Mitgliedern des Magistrats bzw. der Stadtverwaltung Korruption vorgeworfen werde. Es sei darin gesagt worden, es bestehe kein Zweifel daran, daß alle Mitglieder des Magistrats keine weiße Weste hätten. Ferner sei in der Nummer vom 11. Januar behauptet worden, daß drei Nationalsozialisten von Reichsbannerführern, Kommunisten und Polizei bestialisch ermordet worden seien. Darin sei eine schwere Beschimpfung der Polizei zu erblicken.

Das „Reichsbanner“ und die Kommunisten sollten sich offenbar nicht schwer beleidigt fühlen!

## Spitzel gesucht.

Der Pressedienst des Arbeiter-Turn- und Sportbundes veröffentlicht folgende bundesamtliche Bekanntmachung:

Das Nachrichtenblatt Nr. 35 der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Leipzig, das sich vertraulich an die Leiter der Nazisektionen, Zellen, Frauengruppen und Freiheitsbund wendet, enthält unter den Anweisungen auch die nachstehende:

„Gesucht werden P.g., die Beziehungen zum Arbeiter-Turn- und Sportbund haben und eventuell Material beschaffen können.“

einbrachen, die südslawische Schar niedermachten und das Wacht haus anzündeten. Also, Albanien muß bestraft werden.“

Der Deutsche wiegt in unerschütterlichem Gerechtigkeits-sinn den Kopf. „Ob der Südslawe, vielleicht unberechtigt, dem Verfolgten über die Grenze nachschloß oder ob die Albanier als geschlossener Haufen herüberstürzten, macht nur Nuancen der Verfehlungen aus. Ein Schuß über die Grenze ist nicht weniger feindselig als der Einbruch einer geschlossenen Abteilung, rein juristisch betrachtet.“

Es ist zum Verzweifeln. Die Stimmung wird unruhig. Und jetzt kommt noch der heikelste Punkt: das Ultimatum Roms an Belgrad! Bitte, in vier Stunden läuft die Frist ab! Italien steht außerhalb der Statuten der Genfer Weisheitsschule! Wie soll man Herrn Capponi beikommen?

Ueber dem Genfer See beginnt schon der Morgen heraufzuziehen. Unentdeckt bleibt die erlösende Formel. Im Schoße des Rates klaffen die Gegensätze auf, auch lebenswürdigster Wille überbrückt sie nicht. Der Genfer Rat ist eben kein oberster Gerichtshof, sondern die Richter sind Interessenten, gebunden an den Marschbefehl der Kabinette. Oder könnte der Franzose einen Beschluß gutheißen, der Südslawien eine Schlappe einträgt? Hat der Deutsche Grund, sich übermäßig für die Freundschaft Rom-Belgrad zu erwärmen? Jeder ahnt es im Unterbewußtsein: einer gönnt dem andern eine kleine Enttäuschung, wünscht für den Freund eine kleine Vergünstigung, begehrt für das eigene Land eine winzige Erhöhung, alles mehr gefühlsmäßig als absichtsvoll. Die Zerrissenheit Europas beschattet die Abgesandten in Genf.

Endlich, nach vier Stunden, stehen zwei feierliche Noten auf dem Papier. Die eine, für Belgrad und Tirana, ordnet an: Beide Regierungen ziehen ihre Grenztruppen sechs Kilometer hinter die Grenzlinie zurück, enthalten sich jeder feindseligen Handlung und entsenden je drei Sachverständige nach Genf, um die Verhältnisse klarzustellen. — Sanktionen, die der Engländer angedroht wissen wollte, werden nicht in Aussicht gestellt; Frankreich und Polen hatten dagegen Einspruch erhoben.

Die für Rom bestimmte Note enthält eine vorsichtig gehaltene Aufforderung: Zurückberufung der drei Kreuzer. Auch Rom soll drei Sachverständige schicken. (Fortsetzung folgt.)

## Das Armenrecht.

Von Nora Block.

„In der Tat wird jeder einsichtige Richter bestätigen können, daß die Rechtsverhältnisse der Armen sich bei ihrer Geltendmachung vor Gericht nur allzuhäufig in jener vernachlässigten und hoffnungslosen Gestalt präsentieren, wie die Körper der Proletarier bei der Aufnahme in die öffentlichen Heilanstalten.“

ANTON MENGER: „Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen“, Seite 20.)

Dieses bittere Urteil über die Rechtsverhältnisse der Armen im bürgerlichen Staate gilt auch heute noch. Was tut der Staat, um dem Armen, dem die Mittel fehlen, seinen Rechtsstreit durch einen erfahrenen Rechtsanwalt führen zu lassen und die oft hohen Gerichtskosten vorzuschüsse zu zahlen, trotzdem die Durchführung seines Rechtsstreites zu ermöglichen? Er gewährt das sogenannte „Armenrecht“, d. h. er befreit die arme Partei vorläufig von der Verpflichtung, Gerichtskosten vorzuschüsse zu zahlen, er gibt Vollstreckungshilfe und ordnet in notwendigen Fällen einen für den Armen kostenlosen Anwalt bei.

Bisher durfte das „Armenrecht“ nur dann versagt werden, wenn der Rechtsstreit mutwillig angezettelt oder aussichtslos erschien. Als eine drückende Härte und Benachteiligung gegenüber den Besitzenden erschien dabei die Bestimmung, daß der besitzlose Kläger nicht das Recht der freien Anwaltswahl hatte, sondern mit dem Anwalt fürlieb nehmen mußte, den das Gericht auswählte. Diese Bestimmung gilt auch heute noch.

Seit der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 (Sechster Teil, Kap. I, § 11) haben diese ungerechten Bestimmungen eine weitere Verschlechterung erfahren. Die Neuregelung sieht nämlich eine Bewilligung des Armenrechtes nur vor, wenn die Rechtsverfolgung Aussicht auf Erfolg bietet. Ferner kann Glaubhaftmachung der Angaben, auf die sich die Klage stützt, verlangt werden. Endlich ist seit der Neuregelung keine Beschwerde mehr gegen den das Armenrecht ablehnenden Beschluß des Berufungsgerichts möglich.

Für einen Richter, der das Armenrecht bewilligen soll, ist es natürlich viel schwerer, bei Prüfung einer Klage das positive Urteil abzugeben, die Klage habe Aussicht auf Erfolg, als nur zu prüfen, ob die Klage nicht völlig aussichtslos sei. Im Grunde muß der Richter heute den Rechtsstreit schon entscheiden, wenn er den Antrag auf Bewilligung des Armenrechtes prüft. Entscheidet er zu Gunsten der armen Partei, so wird er das Armenrecht bewilligen, sonst wird er es ablehnen. Vor allem wird er das Armenrecht aber in zweifelhaften Fällen verweigern, schon um sich nicht zu oft dem Vorwurf auszusetzen, die Aussichten des geplanten Rechtsstreites falsch eingeschätzt zu haben.

Eine weitere bedenkliche Folge der neuen Armenrechtsbestimmungen ist aber das Hinauszichen einer Entscheidung um Monate, da die Prüfung, wie die Notverordnung sie vorschreibt, mehr Zeit erfordert als dies früher der Fall war. Hierin liegt eine unerträgliche Benachteiligung der armen Partei. Denn in einer Zeit, in der sich von einem Tag zum andern die wirtschaftlichen Verhältnisse grundlegend ändern, läuft es auf völlige Entrechtung hinaus, etwa nach Monaten das Armenrecht zu bewilligen, während nur eine sofortige Rechtsverfolgung zur Wahrung der Rechte der armen Partei gedient hätte.

Bedenklich ist auch, daß das Gericht keine Gründe für die Ablehnung des Armenrechtes anzugeben braucht. Dadurch ist die arme Partei nicht in der Lage, etwa eine Ergänzung ihrer Behauptungen vorzunehmen, die zu einer Bewilligung des Armenrechtes führen könnten; sie tappt vielmehr im Dunkeln.

Gerade weil die Rechtsverhältnisse der Armen bei ihrer Geltendmachung vor Gericht, um mit MENERGER zu sprechen, „sich oft in jener vernachlässigten und hoffnungslosen Gestalt präsentieren, wie die Körper der Proletarier bei der Aufnahme in die öffentlichen Heilanstalten“, sind Armenrechtsbestimmungen nötig, die einen Schutz und eine wirksame Hilfe für denjenigen schaffen, der bei der Durchsetzung seines Rechts auf sie angewiesen ist. Daher fort mit den neuen ungerechten Bestimmungen über die Gewährung des Armenrechtes!

Armenrecht! Man verschaffe den Armen ihr Recht!

# Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Gedächtnis.

## Wir werden siegen, wenn wir lernen.

Von Rosa Luxemburg. (Ermordet am 15. Januar 1919.)

Der Sozialismus ist die erste Volksbewegung der Weltgeschichte, die sich zum Ziel setzt und von der Geschichte berufen ist, in das gesellschaftliche Tun der Menschen einen bewußten Sinn, einen planmäßigen Gedanken und damit den freien Willen hineinzutragen. Darum nennt FRIEDRICH ENGELS den endgültigen Sieg des sozialistischen Proletariats einen Sprung der Menschheit aus dem Tierreich in das Reich der Freiheit. Auch dieser „Sprung“ ist an eiserne Gesetze der Geschichte, an tausend Sprossen einer vorherigen qualvollen und all zu langsamen Entwicklung gebunden. Aber er kann nimmermehr vollbracht werden, wenn aus all dem von der Entwicklung zusammengetragenen Stoff der materiellen Vorbedingungen nicht der zündende Funke des bewußten Willens der großen Volksmasse aufspringt. Der Sieg des Sozialismus wird nicht wie ein Fatum vom Himmel herabfallen. Er kann nur durch eine lange Kette gewaltiger Kraftproben zwischen den alten und den neuen Mächten erkämpft werden, Kraftproben, in denen das internationale Proletariat . . . lernt und versucht, seine Geschichte in die eigene Hand zu nehmen, sich des Steuers des gesellschaftlichen Lebens zu bemächtigen, aus einem willenlosen Spielball der eigenen Geschichte zu ihrem zielklaren Lenker zu werden.

FRIEDRICH ENGELS sagt einmal: Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma, entweder Uebergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei. Was bedeutet ein „Rückfall in die Barbarei“ auf unserer Höhe der europäischen Zivilisation? Wir haben wohl alle die Worte bis jetzt gedankenlos gelesen und wiederholt, ohne ihren furchtbaren Ernst zu ahnen. Ein Blick um uns in diesem Augenblick zeigt, was ein Rückfall der bürgerlichen Gesellschaft in die Barbarei bedeutet. Dieser Weltkrieg — das ist ein Rückfall in die Barbarei. Der Triumph des Imperialismus führt zur Vernichtung der Kultur, — sporadisch während der Dauer eines modernen Krieges, und endgültig, wenn die nun begonnene Periode der Weltkriege ungehemmt bis zur letzten Konsequenz ihren Fortgang nehmen sollte. Wir stehen also heute, genau wie FRIEDRICH ENGELS vor einem Menschenalter, vor vierzig Jahren, voraussagte, vor der Wahl: entweder Triumph des Imperialismus und Untergang jeglicher Kultur, wie im alten Rom, Entvölkerung, Verödung, Degeneration, ein großer Friedhof. Oder Sieg des Sozialismus, d. h. der bewußten Kampfkraft des internationalen Proletariats gegen den Imperialismus und seine Methode: den Krieg. Dies ist ein Dilemma der Weltgeschichte, ein Entweder-Oder, dessen Waagschalen zitternd schwanken vor dem Entschluß des klassenbewußten Proletariats. Die Zukunft der Kultur und der Menschheit hängt davon ab, ob das Proletariat sein revolutionäres Kampfschwert mit männlichem Entschluß in die Waagschale wirft. In diesem Kriege hat der Imperialismus gesiegt. Sein blutiges Schwert des Völkermordes hat mit brutalem Uebergewicht die Waagschale in den Abgrund des Jammers und der Schmach hinabgezogen. Der ganze Jammer und die ganze Schmach können nur dadurch aufgewogen werden, daß wir aus dem Kriege und im Kriege lernen, wie das Proletariat sich aus der Rolle eines Knechts in den Händen der herrschenden Klassen zum Herrn des eigenen Schicksals aufrafft.

Teuer erkauft die moderne Arbeiterklasse jede Erkenntnis ihres historischen Berufes. Der Golgathaweg ihrer Klassenbefreiung ist mit furchtbaren Opfern besät. Die Junkkämpfer, die Opfer der Kommune, die Märtyrer der russischen Revolution — ein Reigen blutiger Schatten schier ohne Zahl . . . Wir gleichen wahrhaft den Juden, die Moses durch

die Wüste führt. Aber wir sind nicht verloren, und wir werden siegen, wenn wir zu lernen nicht verlernt haben. (ROSA LUXEMBURG: „Juniusbroschüre“, Berlin 1919.)

## Die Aufgaben der deutschen Arbeiter nach dem Kriege.

Von Karl Liebknecht. (Ermordet im Januar 1919.)

Beim Versagen des Proletariats, beim Ausbleiben der sozialen Revolution gegen den Krieg, bei deutschem Sieg vor allem, würde der ganze Krieg „umsonst“ geführt, würden die ganzen Opfer „umsonst“ gebracht sein — so hört man oft. Ja, wenn das nur wäre! Wenn das internationale Proletariat seine Arbeit, seinen Kampf nach dem Kriege in der Machtstellung und in dem Punkt wieder aufnehmen und fortsetzen könnte, in denen es sich bei Kriegsausbruch befand!

Aber es ist in allen kriegführenden Ländern grauhaft geschwächt — physisch und moralisch; die besitzenden Klassen der siegreichen Länder sind gewaltig gestärkt — politisch und wirtschaftlich. Die meisten Führer und ein großer Teil der arbeitenden Massen in den siegreichen Ländern bis ins Mark korrumpiert, betäubt, desorientiert oder entmutigt; in den besiegten Ländern bis zur Raserei chauvinisiert oder verzweifelt. Das Proletariat aktionsunfähiger, die besitzenden Klassen selbstbewußter und zielklarer als je. Die internationale Solidarität gewaltig gehemmt — die Völkerverhetzung gewaltig erleichtert, ja zum chronischen Zustand erhoben. Der Imperialismus triumphierend, der Sozialismus diskreditiert — selbst die Kommune von 1871 rückwirkend. . . Ein Riesendefizit, nicht eine Null ist das Kriegsergebnis für das revolutionäre Proletariat!

Aus dem deutsch-französischen Kriege, aus allen Kriegen seitdem ging der Sozialismus rein und neu geheiligt, neu gestählt hervor — aus dem Weltkriege als ein Trümmerhaufen. Ein Trümmerhaufen seiner Organisationen — am meisten dort, wo sie sich äußerlich durch Unterwerfung unter die herrschenden Gewalten am besten erhalten haben, d. h. als Ganzes den Todfeinden des Proletariats in die Hand gespielt sind.

Die Arbeiterbewegung bis hinter das Jahr 1870 zurückgeworfen: Das ist das Fazit.

In jedem einzelnen Lande und in der Internationale muß von vorn angefangen werden — in der Aufklärungsarbeit, in der Organisation, in der Schulung zum Klassenkampf, in der Erziehung zur internationalen Solidarität.

Die Schöpfung einer aktionsfähigen internationalen Massenorganisation, und -bewegung des Proletariats, diese grundlegende Aufgabe, hat von neuem zu beginnen; unter schwierigeren Bedingungen als je. Alle Hände ans Werk! Arbeiten — nicht verzweifeln!

Auch nach dem Kriege wird, wie während des Krieges, ja, in noch höherem Maße oder doch offensichtlicher — Deutschland der Schlüssel- und Angelpunkt der internationalen Lage sein; besonders für die revolutionäre Entwicklung. Die Pflicht des deutschen Proletariats ist höchste Aktivität — und es wird nur so seine Schuld sühnen können. Vor den künftigen Geschlechtern aber wird der deutsche Arbeiter verflucht und verworfen sein, der diese Pflicht nicht erkennt und erfüllt.

(KARL LIEBKNECHT: „Reden und Aufsätze“, Karl Hoym Nachf., Hamburg 1921.)

## Liebknecht-Feier der KPD.

Am 15. Januar veranstaltet die KPD, um 16 Uhr, auf dem Friedhof von Friedrichsfelde, eine LIEBKNECHT-Feier.

## „Etwas, was an die Sachlichkeit Brünings erinnert.“

EHRHARDT, der Führer der ehemaligen Fememord-Organisation „Consul“, die nach EHRHARDTS eigenen Worten aufgelöst wurde, „weil die von der Regierung zur Verfügung gestellten Mittel zur Neige gingen“, hat neuerdings eine Organisation „Gefolgschaft“ ins Leben gerufen. In einem Aufruf an seine „Gefolgschaft“ sagt er über die Staatsführung: „Diese ist weder auf parlamentarischem noch auf dem Wege des bolschewistischen Umsturzes zu erringen, sondern allein durch die entschlossene Formierung der heimatliebenden, bodenständigen und arbeitswilligen Bevölkerung . . . Auf eine solche Front müssen sich in entscheidenden Stunden Staat und Wehrmacht stützen.“

Merkwürdig warme Begrüßungsworte für die neue Organisation findet der Jesuitenpater FRIEDRICH MUCKERMANN in Nr. 10 der Essener Zentrumszeitung (vom 10. Januar 1932): „Ein nationales Programm liegt vor uns . . . Eine Hoffnung auf Umlenkung chaotisch flutender Kräfte in eine gesunde nationale Linie . . . Es ist bekannt genug, daß dieser berühmte (!) Offizier kein Anhänger des Kriegsgedankens, sondern ein Vorkämpfer der Verständigung und des Friedens ist. Den Weg dahin sieht er allerdings nicht in feiger Schwäche, sondern in einer gesunden Machtpolitik . . . Der Geist, der hier weht, ist sicher nicht der Geist HITLERS und ebensowenig der Geist HUGENBERGS. Eher gewahren wir etwas darin, was an die Sachlichkeit BRÜNINGS erinnert.“

Die Morde an ERZBERGER, RATHENAU, GAREIS, die Attentate auf SCHEIDEMANN, HARDEN und AUER sind nachweislich von Mitgliedern der Organisation C begangen worden. Das sind die Taten „gesunder“ Machtpolitik, Herr MUCKERMANN! Die Betonung vaterländischer Gesinnung deckt dabei jede Niedertracht, jede Gemeinheit, jedes Verbrechen.“ So urteilt der Senatspräsident am Kammergericht zu Berlin, FREYMUT, in seinem Vorwort zu GUMBEL'S Buch „Ver-schwörer“.

Dieses Buch handelt nur von Taten, von den Vorposten-gefechten im Kampf gegen die Republik. Genossen, lest die

Bücher von GUMBEL: „Vier Jahre Mord“, „Verräter verfallen der Feme!“ Holt sie euch aus der Bibliothek! Alle die Attentäter, von denen in diesen Büchern die Rede ist, sie warten auf den Tag der Auseinandersetzung mit der Arbeiterschaft. Sie reißen Menschen aus der bürgerlichen Jugend, aus dem Mittelstand und aus dem Proletariat in ihre Verschwörerzirkel hinein und ketten sie an sich durch die Parole der „bedingungslosen Treue“.

Da soll die Hoffnung liegen auf eine Umlenkung chaotisch flutender Kräfte?

GUMBEL erinnert an einen Mann, der andere Worte fand für die Verschwörer innerhalb seines Volks:

„Kann dir das Licht, CATILINA, kann dir die Luft dieses Himmels noch angenehm sein, während du doch weißt, daß es niemandem hier unbekannt ist, daß du einen Haufen zur Ermordung der Staatshäupter bereitgehalten hast?“

(CICERO gegen CATILINA.)

## „Soll Lunatscharski in einem städtischen Saal sprechen?“

Nein! Denn er ist „einer der Hauptverantwortlichen für die antichristliche Gottlosenbewegung in Sowjet-Rußland, er ist einer der ältesten Parteigänger, der an der Ausbreitung und Festigung des Bolschewismus hervorragend mitgearbeitet hat. Er ist heute noch Sowjetminister und von Amts wegen damit beauftragt, alles, was christliche Kultur heißt, mit allen Mitteln des Terrors zu bekämpfen. . . Wenn die Reichsregierung aus außenpolitischen Gründen ein allgemeines Redeverbot für L. nicht erlassen hat, muß man doch mindestens verlangen, daß die Kommunalverwaltung, die derartige Rücksichten nicht zu nehmen hat, keinen städtischen Saal für einen solchen Zweck hergibt.“ (Essener „Volkszeitung“ Nr. 5, 5. Januar 1932.)

Diese unerhörte Herausforderung erlaubt sich das Essener Zentrum wohl darum, weil ein ähnlicher Verstoß der Kölner Zentrumsfraktion vor einigen Tagen erfolgreich ausgegangen ist. Nationalsozialisten dürfen in Essen — wie

überall — an drei Tagen der Woche in städtischen Räumen ihre kulturstörende Propaganda verbreiten — auch ein Nichtdeutscher, der Schwede FURUGARO, einer der größten Judenhetzer, hat dort sprechen dürfen — ohne katholischen oder irgendwelchen anderen öffentlichen Protest.

Zu diesen Kulturtaten gesellt sich dann unter dem besonderen Schutz des Jesuitenpaters MUCKERMANN die Propagandatätigkeit des Kapitäns EHRHARDT, wovon wir an anderer Stelle dieses Blattes berichten.

## Schuld am Kriege.

Meine Mitschuld am Weltkriege besteht darin, daß ich den Irrsinn des Krieges schon vor dem Kriege erlebt hatte und mich bestimmen ließ, mein Gewissen zu beruhigen, zu schweigen oder gar im üblichen Stil über solche Dinge zu sprechen . . . Heute weiß ich, daß ich eine Schuld auf mich nahm, als ich mich verleiten ließ, das, was ich erkannt hatte, nicht zu bekennen, und mich nach den ersten vergeblichen Schritten zurückhielt.

HANS PAASCHE, kurz nach dem Kriege.

## Der Yorck-Film außerhalb Deutschlands.

Basel, 12. Januar.

Im Orient-Kino in Zürich kam es am Sonntag und Montag abend zu Kundgebungen der sozialistischen Jugend gegen den deutschen „Yorck“-Film. Zwischen den Kundgebern und den Besuchern, die sich die Unruhe verbat, kam es zu einem Handgemenge, so daß die Polizei einschreiten mußte.

## „Wenn Hitler das Ruder in der Hand hat, . . .“

Vor den Schaltern des Wohlfahrtsamts in Essen. Eine lange Kette von Menschen steht und wartet — stundenlang. Plötzlich sagt einer von ihnen: „Wenn HITLER das Ruder in der Hand hat, dann braucht ihr nicht mehr zu warten.“ — Pause. — „Dann werdet ihr nämlich alle erschossen.“ — Stille. —

# „Funken“-Gespräche.

## Ich will doch mal sehen.

Auf dem Bahnhof, beim „Funken“-Versand. Ich habe meine Zeitungspacke aufgeliefert. Plötzlich kommt aus dem Packraum der Beamte gelaufen, der mich sonst abfertigte. „Hallo, junger Mann, haben sie heute keinen ‚Funken‘ für mich übrig?“ „Doch, ich habe einen mitgebracht und habe sie Ihrem Kollegen gegeben. Er wird sie Ihnen sicher zu Lesen geben.“

„Na, das ist ja fein. Ich lese sie nämlich sehr gern, müssen Sie wissen. Am liebsten würde ich sie ja gleich abonnieren, aber zwei Zeitungen kann man sich ja heute nicht mehr halten. Ich lese schon seit 18 Jahren eine allgemeine Zeitung; die kann ich nicht abbestellen; die Frauen lesen doch diese Geschichten da drin so gern. Sie wissen doch, wie das ist. Mir gefällt Ihre Zeitung viel besser. Die liest sich wirklich gut. Ich will doch mal sehen, ob ich sie nicht doch abonnieren kann.“

H. S.

## Er soll recht behalten.

Ein Genosse verkauft vor einem größeren Betriebe Braunschweigs den „Funken“. Außerdem wurden noch die Zeitungen der SAP, der KPD und des „Reichsbanners“ angeboten. Der „Funke“ wurde am meisten gekauft.

Da fragt ein Arbeiter den anderen: „Was ist denn das für eine Zeitung?“

Er erhält die Antwort: „Das ist die Zeitung vom ISK! Wo die erst stehen, sind sie nicht wieder wegzukriegen!“

H. B.

## Wir können ja nicht.

Im Wartesaal 3. Klasse. Lauter arme Leute. „Der Funke, die Tageszeitung für Recht, Freiheit und Kultur!“

Die Augen eines Handwerksburschen leuchten auf, als er hört: „Recht, Freiheit“. Er kauft einen „Funken“. Ebenso ein alter Tittelbruder.

Beim Hinausgehen sagt mir ein anderer Tittelbruder: „Frollein, hier warten alle auf das große soziale Geschehen!“

„Dazu muß man aber was tun. Es kommt nicht von allein.“

„Das stimmt, aber wir können ja nicht!“

I. S.

# „DER FUNKE“

## verdankt seine Existenz

der Opferfreudigkeit wenig oder gar nicht bemittelter Sozialisten.

Viele Körner bilden den Haufen.  
Stärkt laufend den Pressefond

durch Spenden auf Postscheckamt Hannover Nr. 238 44 (Willi Eichler, Berlin).

## Die KPD-O gespalten.

Berlin, 14. Januar.  
Die Minderheit in der KPD-O, und zwar: FRÖLICH, FRANK, WALCHER, KÖHLER und ENDERLIN sind ausgeschlossen worden.

Damit nimmt das Drama der politischen Spaltung der Arbeiterschaft seinen Fortgang.

## Oeffentliche Versammlung mit Aussprache in Hamburg:

1. Die politische Lage.
2. Wie kommen wir aus der Krise heraus?

Sonnabend, den 16. Januar, 20.15 Uhr.

Volksheim, Sachsenstraße 21. Eintritt frei.

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund  
Ortsverein Hamburg.

# Was muß man über die Lohnsteuer wissen?

Bekanntlich hebt die Notverordnung vom 5. Juni 1931 das Recht der Arbeiter und Angestellten auf Zurückerstattung der zuviel gezahlten Lohnsteuer auf.

Diese Maßnahme bedeutet für eine große Anzahl von Arbeiterhaushaltungen einen großen Schlag, wurde doch im Jahre 1930 die Summe von 86,4 Millionen Mark Lohnsteuer zurück-erstattet.

Der Unternehmer verrechnet seine Steuer jährlich und bekommt daher auf jeden Fall in den Genuß des steuerfreien Betrages, der nach dem Einkommensteuergesetz jedem Steuerzahler zusteht. Dem Arbeiter und Angestellten dagegen wird der steuerfreie Betrag bei jeder Lohnzahlung verrechnet. Wer also nicht das ganze Jahr über gearbeitet hat, bekommt auch nicht den jährlich steuerfreien Betrag angerechnet. Der im Vorjahre nicht voll beschäftigte Arbeiter hätte also das gute Recht, die zuviel gezahlte Lohnsteuer zurückzuerhalten. Diesen Rechtsanspruch, der bis zum Jahre 1930 bestand, erkennt aber die Notverordnung vom 5. Juni 1931 nicht mehr an.

Die allgemeine Erstattung zuviel gezahlter Lohnsteuer kommt für 1931 also nicht in Betracht. Nur aus Billigkeitsgründen kann eine Erstattung beantragt werden. Der § 131 der Reichsabgabenordnung bietet den Finanzämtern die rechtliche Handhabe, in einzelnen Fällen, in denen die Einziehung von Steuern unbillig wäre, die Erstattung der Anrechnung bereits entrichteter Steuern zu verfügen. Die Lohnsteuerzahler also, die im vergangenen Jahre besondere, ungewöhnliche Ausgaben wegen Krankheit und Unglücksfälle in der Familie oder sonstige schwere außerordentliche wirtschaftliche Belastungen hatten, können auf Grund des § 131 der Reichsabgabenordnung bei ihrem Finanzamt eine Lohnsteuererstattung beantragen. Es handelt sich hierbei allerdings nur um ein Billigkeitsgesuch. Der Antragsteller hat mithin keinen Rechtsanspruch auf die Erstattung. Werden solche Anträge abgelehnt, so gibt es keine Möglichkeit, die Erstattung dennoch durchzusetzen. Trotzdem sollte von dieser Möglichkeit ein weitgehender Gebrauch gemacht werden.

Dieser Weg der Lohnsteuererstattung wird bei manchem Arbeiter zum Ziele führen, bei anderen aber leider nicht. Deshalb sollte jeder, bei dem die Voraussetzung dafür gegeben ist, eine Erhöhung des steuerfreien Betrages oder eine Erhöhung der Werbungskosten und der Sonderleistungen beantragen. Nach § 70 des Einkommensteuergesetzes bleiben für jeden Steuerzahler vom Lohnsteuerabzug ohne weiteres frei bei wöchentlichem Lohnzahlung 14,40 M steuerfreier Lohnbetrag, 4,80 M zur Abgeltung der Werbungskosten und 4,80 M zur Abgeltung der Sonderleistungen. Diese Beträge können auf Antrag erhöht werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages ist nach § 56 des Gesetzes zulässig, wenn die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse beeinträchtigt wird. Als Verhältnisse dieser Art gelten besonders außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt oder Erziehung einschließlich Berufsausbildung der Kinder, durch gesetzliche oder sittliche Verpflichtung zum Unterhalt mittelbarer Angehöriger (auch wenn sie nicht zum Haushalt des Steuerpflichtigen gehören), durch Krankheit, Unglücksfälle, Verschuldung oder durch besondere Aufwendungen im Haushalt, die durch Erwerbstätigkeit einer Witwe mit minderjährigen Kindern veranlaßt worden sind.

Die Erhöhung der Werbungskosten und Sonderleistungen ist nach § 75 des Gesetzes zulässig, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß seine Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen den Betrag von 40 M im Monat übersteigen. Werbungskosten im Einkommensteuergesetz sind die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Lohnes gemachten Aufwendungen. Für Arbeiter kommen insbesondere in Betracht: notwendige Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte und Aufwendungen für Werkzeuge und Berufskleidung. Die Ausgaben für Fahrten können auch in den Unterhaltungskosten für ein Fahr- oder Motorrad bestehen. Sie sind auch dann abzugsfähig, wenn der Steuerpflichtige aus Annehmlichkeitsgründen eine weit entfernte Wohnung innehat. Für Berufskleidung darf der Steuerpflichtige nicht nur dann höhere Werbungskosten geltend machen, wenn es sich um eine besondere Berufskleidung handelt, sondern auch dann, wenn die gewöhnliche Kleidung im Beruf stärker abgenutzt wird, als dies im allgemeinen der Fall zu sein pflegt. Abzugsfähige Sonderleistungen sind nach § 17 des Gesetzes: Zwangs- oder freiwillige Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Arbeitslosen- oder Invalidenversicherungs-, Witwen-, Waisen- oder Pensionskassen; Beiträge zu Sterbekassen; Lebensversicherungsprämien für den Steuerpflichtigen selbst und für seine

Angehörigen; Ausgaben für die Fortbildung im Berufe; Verbandsbeiträge; Kirchensteuern.

Wenn die Ausgaben für Werbungskosten und Sonderleistungen monatlich mehr als 40 M betragen, was bei vielen Arbeitern und Arbeiterinnen der Fall ist, so kann man eine Erhöhung der steuerfreien Beträge fordern. Die Anträge sind bei dem auf der Steuerkarte angegebenen Finanzamt zu stellen. Das kann mündlich und schriftlich geschehen; am besten benutzt man dazu die von den Finanzämtern herausgegebenen Antragsformulare. Den Anträgen sind Beweisstücke über die Höhe der tatsächlichen Ausgaben beizufügen.

Für Erwerbsbeschränkte kann eine weitere Steuerermäßigung bewilligt werden. Voraussetzung ist, daß der Kriegs- oder Zivilbeschädigte mindestens 25 Prozent erwerbsbeschränkt ist. In diesem Falle haben sie Anspruch auf Erhöhung des steuerfreien Betrages um den Prozentsatz ihrer Erwerbsbeschränkung. Invalidenrentner haben auf die Vergünstigung nur dann Anspruch wenn sie wegen Krankheit oder sonstiger Leiden schon vor Erreichung der Altersgrenze als 66% Prozent erwerbsbeschränkt anerkannt worden sind. Der steuerfreie Betrag wird aber nicht um diesen Prozentsatz erhöht, sondern dessen Höhe bestimmt das Finanzamt auf Grund eines ärztlichen Gutachtens.

## Rundfunksendungen

### die wir zur Beachtung empfehlen.

Donnerstag, den 14. Januar.

Königswusterhausen:

20.00 Dr. JOSEPH RÄUSCHER: Politische Zeitungsschau.

Oesterreich:

17.00 FEDOR SCHALJAPIN singt.

Freitag den 15. Januar.

Königswusterhausen und Südfunk:

19.30 Eine Hörfolge nach SCHILLERS „Räuber“.

Königswusterhausen und Mitteldeutsches Land:

21.30 „Straßenrondo“. Hörspiel von ARNO SCHTROBAUER.

Südfunk:

21.15 BRUCKNERS 4. Sinfonie.

Sonnabend, den 16. Januar.

Berlin:

18.35 Dr. KURT HILLEN: Der politische Publizist.

Schlesien:

17.50 Gad E. Lippmann: SCOTTS Kampf mit dem Südpol. Dö.

# BESTELLSCHEIN

Ich bestelle hiermit den „Funken“ vom .....

zum Preise von monatlich 2,- RM zuzügl. Bestellschuld.

Name .....

Ort .....

Straße und Hausnummer .....

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: IVA, G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7, Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag G. m. b. H., Berlin SO 36, Elisabeth-Ufer 28/29.

# ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Für die praktische Gewerkschaftsarbeit empfehlen wir die folgenden, im „ISK“ veröffentl. Aufsätze

WILLI EICHLER:

Stärkt die freie Gewerkschaftsbewegung! — Die gewerkschaftliche Macht der Arbeiterklasse. — Wirtschaftsdemokratie. — Wie schafft man die sozialistische Einheit und freigewerkschaftliche Aktivität.

KARL HINKEL:

Das laufende Band. — Die Rationalisierung der Betriebe und Arbeitslosigkeit.

MASCHA OETTLI:

Ein Ausweg aus der Wirtschaftskrise. — Zum Kampf um die Erhaltung der Reallohnne.

HELLMUT RAUSCHENPLAT:

Die Besetzung der Arbeitslosigkeit. — Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

KURT REGELER:

Arbeitslosigkeit und sozialistische Siedlungspolitik.

HERBERT REINEMANN:

Die Lehren früherer Krisen für die jetzige Wirtschaftskrise. — Die Umstellung der Wirtschaft. — Stabilisierung statt Subventionierung.

FRITZ SCHMALZ:

Das Ende des Schlichtungswesens.

Einzelhefte 20 Pf. — Die deutsche Ausgabe des „ISK“ erscheint monatlich und kostet 20 Pf., ausschließlich Porto.

IVA G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8 a

## Sprechapparate

Koffer • Schatullen • Schränke

## Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

## Otto Plotenhauer

Weimar, Röhrstraße 40

Verlangen Sie Angebot!

## Zeitschriften, Broschüren, Flugzettel, Plakate usw.

stellt schnell, sauber und billig her

## Oskar Wettig Gelnhausen

## Kohlen-Bust

liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand  
Zentrale und Hauptlagerplatz  
Berlin N 58, Schwedter-Str. 88

Verkaufsstellen:

1. N 58, Schönhauser Allee 48
  2. N 58, Pappel-Allee 67
  3. C 25, Prenzlauer Straße 9
  4. NO 18, Wassmannstraße 10 A
  5. NO 48, Lietzmannstraße 18/17
- Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen  
D 4 Humboldt 8062

## Du weißt, daß japanische Truppen die Mandschurei besetzt haben! Weißt Du, warum ein Volk von 400 Millionen sich dagegen nicht wehren konnte?

Die tieferen Ursachen für die Ohnmacht des chinesischen Volkes liegen vor allem in den Agrarverhältnissen Chinas. Hierüber findet man in dem anerkannt zuverlässigen China-Buch, das von einem Chinesen und einem Deutschen geschrieben wurde, eine gute Uebersicht:

## 4600 Jahre China

Seine politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse

Von Kuo Shien-yen und Karl Hinkel

141 Seiten — Mit einer Landkarte und drei Tafeln  
Broschiert 3.— RM — Ganzleinen 4.50 RM

Zu beziehen durch jede Buchhandlung od. direkt vom Verlag (Postsch.: Hannover 606 43)

## Verlag „Öffentliches Leben“ / Berlin S 14

Freunde und Leser des „Funken“!

## Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten!  
Sammelt Anzeigen!  
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

## ROBERT PEPPMÜLLER

Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur

## GÖTTINGEN

Kataloge und Auskunft gratis

# „Reichsbanner“-Kundgebung am Friedrichshain: „Einblick in das Dritte Reich“

Die Kundgebung beginnt pünktlich mit schwungvoller Marschmusik und imposantem Aufmarsch. Die Saaltüren werden wegen Überfüllung des Raumes polizeilich geschlossen. Ueber dreitausend Menschen — Proleten und Bürgerliche, darunter auch vereinzelt Frauen — sitzen und stehen, dicht gedrängt, zusammen.

Welch herrliche Gelegenheit für die Redner, Vorschläge zu machen, die alle Anwesenden nicht nur für heute, sondern auch für morgen und übermorgen zusammenhalten zur Abwehr des Faschismus.

Leider wurde diese Gelegenheit verpaßt.

Ueber 2½ Stunden sprachen „Reichsbanner“-Führer aus Berlin, Thüringen, Braunschweig, Schleswig-Holstein. Alle schilderten sie Tatsachen, die ein klares Bild schufen von dem, was das „Dritte Reich“ uns bescheren würde. Sie erzählten von den Heldentaten der Herren FRICK, GOEBBELS, KLAGES, BEST, von Männern, die überfallen, von Frauen, die von Nazis auf der Straße angespuckt wurden; sie erwähnten die Hetz-„Gebete“, zu denen die Schulkinder gezwungen wurden, und verglichen die Wahlversprechen der Faschisten mit dem, was sie an verantwortlicher Stelle getan haben. Sie brandmarkten die „Börsenzeitung“ und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die Terrorakte von rechts übersehen und der Linken Bürgerkriegshetze vorwerfen.

Es ist für jeden Sozialisten wichtig, diese Tatsachen zu kennen, sie immer wieder zu besprechen; viel wichtiger aber ist es noch, zu wissen, wie diese Schandtaten bekämpft werden können. Warum war das Thema des Abends nicht auch auf diese Frage eingestellt? Warum gab hier keiner der Redner eine befriedigende Antwort?

Wie nötig es selbst innerhalb der „Reichsbanner“-Reihen ist, sich über einen einheitlichen Weg Gedanken zu machen, das zeigte mir ein Gespräch zweier Mitglieder:

Ein junger Arbeitersportler deutet auf eine noch nicht ausgeheilte Schnittwunde an der Hand, die ihm ein Nazi mit seinem Messer beifügt hat: „Das war schon das zweite Mal, daß sie mich überfallen haben. Ich werde mich rächen!“ Ein weißhaariger Arbeiter neben ihm: „Laß das bleiben! Mit solchen Waffen können wir die Nazis nicht schlagen.“ Der Sportler: „Aber mit geistigen Waffen ist hier auch nichts zu machen. So doof wie die sind, kann keiner antworten!“ Der Weißhaarige: Mir ist es aber schon gelungen, Nazis zu überzeugen. Im allgemeinen ist das bei jedem Menschen möglich. Außerdem muß man ihnen Arbeit verschaffen. Wenn es keine Arbeitslosen mehr gibt, macht der Nationalsozialismus Pleite.“ Damit ist der Sportler noch nicht überzeugt: „Wenn die Leitung des „Reichsbanners“ nicht immer Frieden gepredigt hätte, dann hätten wir die Nazis schon untergekrigt!“

Was sagen die Redner zu dieser Frage? „Wir werden dafür sorgen, daß die Köpfe, die in den Sand rollen, nicht die der Republikaner, sondern ganz andere Köpfe sein werden“, sagte der eine. Aber wie werden sie dafür sorgen? Der letzte Redner erklärte es schwungvoll so: „Worauf kommt es an? Daß wir den Willen haben! ... Deutsch und national handeln, darauf kommt es an. ... Der Kampf wird so ausgehen, wie wir es wollen und wie wir ihn führen!“

Fassen wir das Ergebnis der Kundgebung kurz zusammen: der ganze Rahmen — Sprechchor, Musik, Fahnendekoration — war wirkungsvoll. Die große Zahl der Teilnehmer machte Mut und Vertrauen. Die Redner jedoch verstanden es nicht, die Stimmung auszunutzen, um mehr zu bringen als Belege dafür, was wir schon alle wissen, nämlich, daß eine faschistische Regierung weder politische noch kulturelle oder wirtschaftliche Vorteile für die Arbeiterklasse bringen wird, sondern nur Vergewaltigung auf jedem Gebiet!

Aber vielleicht liegt der Mangel dieser Kundgebung nicht an zufälligen Erscheinungen, sondern an grundsätzlichen Fehlern des „Reichsbanners“. Darüber soll hier noch geschrieben werden. N. Oc.

## Kein Beobachter in Lausanne.

In Washington, 14. Januar.

Staatssekretär STIMSON hat, wie amtlich mitgeteilt wird, abgelehnt, einen Beobachter zur Reparationskonferenz nach Lausanne zu entsenden.

## POLIKEI. Von Leo Tolstol.

(3. Fortsetzung.) Copyright by Insel-Verlag in Leipzig.)

Er führte das alles sehr gut aus. Die gnädige Frau fing an, ihn zu ermahnen; sie redete und redete, predigte und predigte, von Gott und von der Tugend und vom zukünftigen Leben und von seiner Frau und von seinen Kindern, und brachte ihn dahin, daß er Tränen vergoß. Die gnädige Frau sagte:

„Ich verzeihe dir; nur versprich mir, es in Zukunft nie wieder zu tun!“

„Mein leiblang nicht! Möge ich in die Erde versinken, möge mein Leib bersten!“ rief Polikei und weinte dabei rührend.

Polikei kam nach Hause, brüllte dort eine ganze Stunde lang wie ein Kalb und lag auf dem Ofen. Seitdem war an ihm kein einziges Mal etwas zu tadeln gewesen. Aber sein Leben war ein unfrohes geworden: die Leute betrachteten ihn als einen Dieb, und als die Zeit der Rekrutierung kam, wieson alle auf ihn als auf einen Auszuhebenden hin.

Polikei war, wie schon gesagt, Roßarzt. Wie er auf einmal Roßarzt geworden war, das wußte niemand, und er selbst am wenigsten. Auf dem Gestüt, bei dem Stallmeister, der dann nach Sibirien zur Ansiedlung verschickt wurde, hatte er keine anderen Obliegenheiten zu erfüllen gehabt als den Mist aus den Pferdebeständen zu entfernen, manchmal die Pferde selbst zu reinigen und Wasser zu holen. Dort konnte er die Roßarzneikunde nicht gelernt haben. Dann war er Weber gewesen; dann hatte er im Garten gearbeitet, die Steige gereinigt; dann hatte er zur Strafe Ziegel schlagen müssen; dann war er vom Gute auf Jahresabgabe beurlaubt worden und hatte sich bei einem Kaufmann als Hausknecht verdingt. Also auch dort hatte er keine medizinischen Kenntnisse erwerben können. Aber bei seiner letzten Anwesenheit zu Hause hatte sich merkwürdigerweise allmählich der Ruf von seiner außerordentlichen, ja sogar etwas übernatürlichen roßärztlichen Kunst verbreitet. Er ließ zur Ader, einmal und ein zweites Mal; dann warf er das Pferd zu Boden und stocherte ihm in der Lende herum; dann forderte

Sie sagen Christentum und meinen Kattun.

M. S. Wir schrieben am 12. Januar: „Offene Aussprache in Tokio . . . und in London.“ Darin war mitgeteilt worden, daß das britische Außenministerium es für richtig befunden habe, sich an dem Vorgehen Amerikas gegen Japan nicht zu beteiligen. Der Grund? Japan hatte am 28. Dezember erklärt, in der Mandschurei die Politik der offenen Tür einzuhalten. Die englische Regierung fühlte sich also beruhigt, da Japan zugesagt hatte, England an dem Ausbeutungsgeschäft in Ostasien zu beteiligen.

Aber was das englische Außenministerium beruhigte, beruhigt darum noch lange nicht die englischen Unternehmer. Sie lassen sich nicht von japanischen Regierungserklärungen einschläfern. Sie wissen genau, daß die japanischen „Geschäftsfreunde“ die Beute, die ihnen gerade durch die Generäle heimgebracht ist, nicht so leicht wieder aus den Händen lassen. Der neue Vorstoß gegen Japan, den Amerika mit seiner Protestnote gegen Tokio unternommen hat, hat in ihren Augen einen sehr viel solideren Untergrund als die Entrüstung über die Vertragsbrüche Japans gegenüber China und dem Völkerbund. Bei diesem neuen Unternehmen wollen sie dabei sein. Sie melden darum durch die Stimme des „Manchester Guardian“ auch ihre Sorge um den mandschurischen Markt an, und nach dem Tonfall dieser Stimme zu messen, muß diese Sorge riesengroß sein. Man kann nur sagen: sie gehen aus sich heraus. Unumwunden wird behauptet, daß jetzt anderes auf dem Spiel stehe als die Unverletzlichkeit einer chinesischen Provinz, anderes als das Ansehen des Völkerbundes; jetzt stehe der Handel auf dem Spiel. Und da werde es ernst.

Mit der Getübtheit, wie sie durch die jahrhundertelange Verteidigung ökonomischer Interessen erworben worden ist, und mit der ganzen gewissenlosen Kälte, mit der Kapitalisten alles beiseiteschieben, was sich solcher Verteidigung entgegenstellt, meldet das große Handelsblatt seine Warnungen gegenüber den mandschurischen Vorgängen an. Es sei „eine großartige Sache für die Bewohner der Mandschurei . . . die Wohltaten einer geordneten Regierung zu genießen, anstatt von der Gnade von Räubern und bestechlichen Beamten zu leben“, wie das zu Zeiten der Nanking-Regierung der Fall gewesen sei. Daher hätten denn auch alle zivilisierten Völker Japan Beifall gezollt, das zwar dem Buchstaben nach im Unrecht gewesen sei, aber moralisch recht getan habe. Aber — und nun wird die Sprache einfach und sachlich —

## Die Verhandlungen der Russen.

Bukarest, 13. Januar.  
Nach neuester Ansicht sind die Verhandlungen über einen russisch-rumänischen Nichtangriffspakt auf dem toten Punkt angekommen, da Rußland die bessarabische Frage zum Gegenstand einer internationalen Aussprache machen und einem Sonderausschuß unterbreiten will. Dies lehnt Rumänien, das die Grenzziehung als endgültig ansieht, entschieden ab. Man steht auf dem Standpunkt, daß Rumänien für Bessarabien dieselben Rechte verlangen müsse, wie sie Rußland Polen in der Wilnafrage zugestanden habe.

Die Vergleichung mit der Wilnafrage trifft insofern zu, als Rumänien Bessarabien in der gleichen Weise geraubt hat wie Polen Wilna. Die Russen mußten damals, mit Kämpfen zur Niederwerfung der Gegenrevolutionäre beschäftigt, die „Grenzziehung“ in Bessarabien geschehen lassen.

In Moskau, 13. Januar.

Nach einer russischen Meldung aus Riga sollen die russisch-lettischen Verhandlungen über den Abschluß eines

er, daß das Pferd in das Zwangsgestell geführt werde, und schnitt ihm den Strahl bis aufs Blut, trotzdem das Pferd um sich schlug und sogar winselte; er sagte dabei, das bedeute „das unter dem Huf steckende Blut entfernen“. Dann erklärte er dem Bauer, es sei notwendig, „zur größeren Erleichterung“ aus beiden Adern Blut abzulassen, und begann, mit einem hölzernen Hammer auf eine stumpfe Lanzette zu schlagen; dann zog er unter dem Bauche eines dem Hausmeister gehörigen Pferdes die Kante von einem Frauenkopftuche hindurch. Endlich bestreute er jeden Schorf mit Vitriol, befeuchtete ihn aus einem Fläschchen und gab auch innerlich ein, was ihm gerade in den Sinn kam. Und je mehr er die Pferde quälte und zu Tode brachte, um so mehr Vertrauen schenkte man ihm, und um so mehr Pferde führte man ihm zu.

Ich fühle, daß es uns Angehörigen der höheren Stände nicht wohlthut, uns über Polikei lustig zu machen. Die Manieren, deren er sich bediente, um Vertrauen zu erwecken, sind dieselben, die auf unsere Väter gewirkt haben, auf uns wirken und auf unsere Kinder wirken werden. Der Bauer, der sich mit dem Bauche auf den Kopf seiner einzigen Stute wirft, die nicht nur seinen ganzen Reichtum ausmacht, sondern beinahe ein Mitglied seiner Familie bildet, und der vertrauensvoll und ängstlich aus eines Polikei bedeutsam finstere Miene, auf seine aufgekrempten Aermel und auf seine schmalen Hände blickt, mit denen er absichtlich gerade die schmerzende Stelle drückt und dreist in den lebendigen Körper hineinschneidet, während er im geheimen denkt: „Das Biest wird's schon aushalten!“ und ein Gesicht macht, als wisse er, wo das Blut und der Eiter und die Sehnen und die Adern seien, und das heilbringende Pflaster oder das Fläschchen mit Vitriol zwischen den Zähnen hält. — dieser Bauer kann sich nicht vorstellen, daß ein solcher Mann die Hand zum Schneiden ansetzen würde, wenn er die Sache nicht verstände. Er selbst wäre dazu nicht imstande. Und wenn der Schnitt ausgeführt ist, so macht er sich keine Vorwürfe darüber, daß er falsch daran getan habe, die Erlaubnis zum Schneiden zu geben. Ich weiß nicht, wie es in dieser Hinsicht anderen geht; aber ich habe bei einem Arzte, der auf meine Bitte liebe Angehörige von mir marterte, ganz genau dieselbe Empfindung gehabt. Polikeis Lanzette und sein geheimnisvolles weißliches Fläschchen mit ätzendem Sublimat

# Es geht um die offene Tür.

Japan habe sich nicht in Unkosten gestürzt, um in der Mandschurei die Demokratie einzuführen. Es sei vielmehr „ganz klar“, daß Japan bereits eine sehr weitgehende wirtschaftliche Kontrolle in der Mandschurei ausübe, daß es davorstehe, endgültige wirtschaftliche Vorteile einzustreichen, und daß dies alles das Ende der offenen Tür bedeute. In Wahrheit sehe die Sache so aus: „Die Japaner werden die offene Tür beibehalten, aber es werden so viele Japaner in dieser Tür stehen, daß niemand anders mehr hineinkommen kann.“

Darum aufgepaßt! Und nun setzen die Vorschläge des „Manchester Guardians“ ein: Dem kriegerischen Vordringen der Japaner mit Völkerbundssatzung und dem Hinhalten von Verträgen in den Arm zu fallen, habe sich als ein sehr unglückliches Verfahren erwiesen. Darum sei es geraten, den Völkerbund dieses Mal beiseite zu lassen. Jetzt habe das Neun-Mächte-Abkommen das Wort; denn dieses hat es mit „ernsthafteren (!) Angelegenheiten“ zu tun als der Völkerbund: „Es betrifft den Handel. Großbritannien und die Vereinigten Staaten haben Kapital in Mandschuria investiert. Soll vielleicht Kapital geopfert werden, soll die offene Tür geschlossen werden, nur um die Mandschurei von Räubern zu befreien?“

Und nun wird Fleiß dahinter gesetzt. In einem Artikel vom gleichen Tage: „Japans Zugriff in Mandschuria wird bewiesen, wie Japan, dieser Räuberstaat, sich in der Mandschurei festgesetzt hat, wie es seit September 1931 Finanzämter, Industrieaufsichtsbehörden, Telegraphen- und Postämter, Banken, Fabriken, Kohlegesellschaften, Elektrizitätswerke und Eisenbahnen besetzt hat. Alles wird namentlich aufgezählt. Damit ist das Gespenst an die Wand gemalt: Es wird ausländischen privaten Unternehmungen fortan so gut wie unmöglich sein, ihre Waren in der Mandschurei abzusetzen. Die schlagende Formulierung wird wiederholt: Die offene Tür ist besetzt mit Japanern; niemand anders wird imstande sein, hindurchzugehen.“

MARX hat einmal von einem Engländer gesagt, es sei sein großes Verdienst gewesen, nicht irgend etwas Neues über die Kolonien, aber in den Kolonien die Wahrheit über die kapitalistischen Verhältnisse des Mutterlandes entdeckt zu haben. In Anlehnung daran können wir sagen: Dieser Artikel im „Manchester Guardian“ hat das Verdienst, nicht etwas Neues über die Mandschurei, aber anlässlich des mandschurischen Konflikts die treibenden Kräfte der kapitalistischen Großmächte ans Licht gezogen zu haben.

Nichtangriffsvertrages einen günstigen Verlauf genommen haben. Man nimmt an, daß der Vertrag Anfang oder Mitte nächster Woche unterzeichnet werden wird.

## KPR-Konferenz.

In Moskau, 13. Januar.

Am 30. Januar wird in Moskau unter Vorsitz STALINS die Bundeskonferenz der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union eröffnet.

## USA bestehen auf Zahlung der Alliierten.

In Washington, 13. Januar.

Die Regierung der Vereinigten Staaten lehnt nach wie vor entschieden jede unmittelbare Teilnahme an den Reparationsverhandlungen ab. Sie verneint den Zusammenhang der deutschen Zahlungen an die europäischen Länder mit den Nachkriegsanleihen der Alliierten für Wiederaufbauzwecke. Eine Streichung der Kriegsschulden komme für die amerikanische Regierung nicht in Frage.

und seine Ausdrücke: „Beulenkrankheit, Hämorrhoiden, zur Ader lassen, Eiter abziehen“ u.s.w. ist das nicht ganz dasselbe wie des Arztes „Nerven, Rheumatismen, Organismus“ usw.? Der deutsche Vers: „Wäge du zu irren und zu träumen“ paßt auf die Ärzte und Roßärzte mindestens ebensogut wie auf die Dichter.

## Drittes Kapitel.

An jenem selben Abend, an welchem die zur Auswahl der Rekruten veranstaltete Gemeindeversammlung beim Kontor in der kalten Dunkelheit der Oktobernacht lärmte, saß Polikei auf dem Bettrande am Tische und mischte auf diesem in einer Flasche eine Pfordearznei, die er selbst nicht kannte. Da war Sublimat, Schwefel, Glaubersalz und ein Kraut, das Polikei einmal gesammelt hatte, weil er sich eingebildet hatte, es sei sehr nützlich gegen die Dämpfigkeit; und nun hielt er für zweckmäßig, es auch gegen andere Krankheiten zu geben. Die Kinder lagen bereits: zwei auf dem Ofen, zwei im Bette, eines in der Wiege, bei welcher Akulina saß und spann. Ein Lichtstümpchen, das von herrschaftlichen „umherliegenden“ Kerzen übriggeblieben war, stand in einem Holzleuchter auf dem Fensterbrett, und damit ihr Mann sich nicht in seiner wichtigen Beschäftigung zu unterbrechen brauchte, stand Akulina von Zeit zu Zeit auf und brachte den Docht mit den Fingern in Ordnung. Es gab respektlose Menschen, welche Polikei für einen schlechten Roßarzt und für einen schlechten Menschen hielten. Andere, und zwar die Mehrzahl, hielten ihn für einen schlechten Menschen, aber für einen bedeutenden Meister in seinem Fache. Akulina aber, obwohl sie ihren Mann häufig ausschimpfte und sogar manchmal schlug, hielt ihn doch ohne jeden Zweifel für den besten Roßarzt und für den besten Menschen auf der Welt. Polikei schüttete sich irgendwelche Substanz in die hohle Hand. (Einer Waage bediente er sich nicht und äußerte sich ironisch über die Deutschen, die eine solche verwendeten. „Bei mir hier“, sagte er, „ist keine Apotheke!“) Polikei wog seine Substanz auf der Hand und schüttelte sie; aber es schien ihm zu wenig zu sein, und er schüttelte das Zehnfache hinzu. „Ich werde sie ganz hincintun; dann wird es besser wirken“, sagte er vor sich hin.

(Fortsetzung folgt).

# Bauernpolitik oder Junkerpolitik?

## Eine Erklärung der „Grünen Front“.

Die „Grüne Front“ veröffentlicht eine Erklärung, die von BRANDES, Graf KALCKREUTH, HERMES und FEHR unterzeichnet ist. In der Erklärung heißt es: Die ungeheure Not des Bauernstandes ist zu einer ernststen Gefahr für unser Land geworden. Trotz der immer wiederholten feierlichen Erklärung amtlicher Stellen ist gerade die bäuerliche Wirtschaft bis jetzt ohne wirksamen Schutz geblieben. Ohne Unterbrechung geht der Preissturz für die Erzeugnisse des Bauern weiter. Nach den neuesten Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung sind die Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft in den letzten beiden Jahren um 26% Prozent zurückgegangen. Die Preise für 1931/32 sind kaum mit mehr als 6,6 Milliarden Mark zu veranschlagen, gegen neun Milliarden im Jahre 1929/30. Jede Maßnahme verliert ihren Sinn und Zweck, wenn nicht gleichzeitig entschlossen die Grundlagen für die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft wieder hergestellt werden. Diese kann gegenwärtig nicht allein durch Produktionskostensenkung erreicht werden, sondern bedarf vor allem einer nachdrücklichen Stützung von der Preisseite her. Die Reichsregierung muß endlich den deutschen Bauern vor der Ueberschwemmung des deutschen Marktes mit ausländischen Erzeugnissen schützen, wie es die Regierungen anderer Länder selbstverständlich tun. Die Unterbindung jeglicher entbehrlicher Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln und von Holz ist zudem zur Verteidigung unserer Währungsreserven unerlässlich. Jetzt gilt es, auch den Ausgleich des Agrarindex mit den anderen Indices der deutschen Wirtschaft herbeizuführen. Da dem deutschen Bauern bereits eine Preissenkung auferlegt ist, wie keinem anderen Berufsstand, müssen alle Maßnahmen des Preis-Kommissars sich hinsichtlich der Lebensmittelpreise auf die Herabminderung der Handels- und Verarbeitungsspanne beschränken. Die Notverordnung vom 8. Dezember schafft trotz anerkannter Einzelmaßnahmen keine durchgreifende Hilfe. Ja, sie verschärft in gewisser Beziehung noch die ungünstige Lage der Landwirtschaft. So stellt sich die Umsatzsteuererhöhung als eine abermalige Beeinträchtigung der Veredelungsproduktion dar. Diese neue Belastung der bäuerlichen Wirtschaft muß unverzüglich beseitigt werden, indem die in der Notverordnung vorgesehene Umsatzsteuermäßigung für Getreide u. s. w. auch den Nahrungsmitteln tierischer Herkunft zugestanden wird. Die angeordnete Zinssenkung wird ohne nennenswerte Wirkung bleiben, wenn nicht der Reichsbankdiskont wesentlich gesenkt wird. Bei allen Maßnahmen zur Entlastung der landwirtschaftlichen Schuldner muß auch den berechtigten Gläubigerinteressen Rechnung getragen werden. Das gilt für die Ausführung der Ostnotverordnung und für den Vollstreckungsschutz im übrigen Reich. An Stelle immer wiederholter Versicherungen verlangen die deutschen Bauern endlich entschlossene Taten. Wir appellieren, in diesem Verlangen Nachdruck zu geben, an unsere Berufsgenossen, die höchste Geschlossenheit und Einigkeit zu bewahren. Wir empfehlen einheitliche Vorbereitung und Durchführung der aus der jeweiligen Sachlage notwendig werdenden Maßnahmen zur Erhaltung des deutschen Bauernstandes und zur Sicherung der Volksernährung. Nur einheitliches Handeln der gesamten Landwirtschaft wird unsere gerechte Sache zum Siege führen.

Gerade das einheitliche Eintreten der gesamten Landwirtschaft für die Interessen der Großgrundbesitzer —

und damit für eine höchst ungerechte Sache — hat die Bauern in die heutige schwierige Lage gebracht. Worte zu Gunsten der Bauernwirtschaft haben wir von der Grünen Front seit Jahren zur Genüge gehört! Die Taten waren stets zu Gunsten der Großgrundbesitzer. Es gibt keine einheitlichen Interessen aller Landwirte auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Das ganze Elend der Bauern kommt nur daher, daß sie sich das von den Großgrundbesitzern nach wie vor weis machen lassen.

## Wer hat Interesse an hohen Getreidepreisen?

Natürlich diejenigen, für die der Getreideverkauf der wichtigste Posten ihrer Einnahmen ist. Daß dies in Deutschland die Großgrundbesitzer sind, haben wir im „Funken“ schon mehrfach behauptet. Auf den Wunsch einiger Leser geben wir hier etwas aus dem Zahlenmaterial wieder, auf das sich unsere Behauptung stützt. In den beiden ersten Spalten der folgenden Tabellen ist angegeben, wieviel Mark von je 100 Mark Einnahmen des Landwirts durch den Verkauf von Ackerprodukten und wieviel durch den Verkauf von Vieh und Viehprodukten erzielt wurde.

Wir benutzen diese Gelegenheit, auch eine andere Behauptung zahlenmäßig zu belegen, nämlich die, daß der deutsche Großgrundbesitz wirtschaftlich bankrott ist. Wir geben daher in einer dritten Spalte an, welcher Betriebsüberschuß auf dem Hektar (4 Morgen) erzielt wurde.

Die Zahlen unserer Tabellen beziehen sich nicht auf die heutige Krisenzeit, sondern auf den Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 1924/25 bis 1926/27. Sie betreffen insgesamt 163 Getreidewirtschaften auf mittelgutem Boden. Wir entnehmen sie den Veröffentlichungen des deutschen Enquête-Ausschusses, Unterausschuß für Landwirtschaft, Band 4, Teil II, Seite 122 f.

Schlesien.				
Hektar	Von den Einnahmen stammen aus		Betriebsüberschuß pro Hektar Mark	Rpt.
	Ackerbau Proz.	Viehzucht Proz.		
Kleinbauern . . . . .	5—20	29,5	70,5	8
Mittelbauern . . . . .	20—50	46,3	53,7	31
Großbauern . . . . .	50—100	55,8	44,2	29
Großgrundbesitzer . . . . .	100—200	60,9	39,1	30
Großgrundbesitzer . . . . .	über 200	62,0	38,0	-16

  

Mitteldeutschland.				
Hektar	Von den Einnahmen stammen aus		Betriebsüberschuß pro Hektar Mark	Rpt.
	Ackerbau Proz.	Viehzucht Proz.		
Kleinbauern . . . . .	5—20	32,3	67,7	81
Mittelbauern . . . . .	20—50	42,0	58,0	64
Großbauern . . . . .	50—100	51,5	48,9	59
Großgrundbesitzer . . . . .	100—200	53,9	46,1	17
Großgrundbesitzer . . . . .	über 200	62,5	37,5	-6

## Was sie rechtabel nennen!

„Es liegt im Interesse aller Gläubiger der Landwirtschaft, daß der Brotgetreideanbau, der bisher als einziger Erwerbszweig der Landwirtschaft noch einigermaßen rentabel sich gestaltete, nicht in seinen Grundlagen erschüttert wird. Die nächsten Tage sind die letzte Frist, um die Ernährung des deutschen Volkes mit den Erträgen der eigenen Scholle zu gewährleisten.“

(HUGENBERGS „Tag“ Nr. 11, vom 13. Januar 1931.)

## Aus der Praxis eines Unternehmervverbandes.

Wir entnehmen einer Unternehmerzeitschrift den folgenden Ausschnitt aus den „Geschäftlichen Mitteilungen“ eines Industrieverbandes an seine Mitglieder:

Der Hauptwert der berufsständischen Organisation liegt in ihrer Existenz und ihrer Autorität, durch die natürliche Schranken gegen jegliche Einbrüche in das eigene Interessengebiet aufgerichtet werden. Das Nachhaltigste und Sicherste was geschehen kann zur Verteidigung der Interessen eines Berufsstandes geschieht, bevor eine Beeinträchtigung dieser Interessen stattgefunden hat. Irgendein gegen die Interessen der Industrie gerichteter Akt kann leichter infolge des Vorhandenseins schlagkräftiger industrieller Organisationen abgewehrt, als, nachdem er erfolgt ist, wieder beseitigt werden. Alles das jedoch was geschehen ist, um eine unzulässige Beeinträchtigung der industriellen Interessen zu vermeiden, tritt nach außen nicht in Erscheinung, sondern nur die Vorgänge werden sichtbar, bei denen das nicht oder nicht voll gelungen ist. Es ergibt sich von selbst, wie ungerecht es ist, daraus dann zugleich auf „Schlappheit“ oder „Untätigkeit“ der führenden Männer zu schließen, da sich ja jede Sache aus der Nähe anders ansieht, als sie dem entfernteren Beschauer erscheint.

Am Schluß bleibt jedesmal ein Rest von Vertrauen, Vertrauen zur Sache und Vertrauen zur Führung. Solches Vertrauen, das zunächst bis zum Beweis des Gegenteils die Zuversicht enthält, daß das Menschenmögliche in jedem Falle schon geschehen sein wird, verbietet von selbst innere Auseinandersetzungen über andere als sachliche Dinge und gebietet willige Mitarbeit und aufbauende Kritik. Autorität schwindet bekanntlich im gleichen Verhältnis, wie menschliche Schwächen in Erscheinung treten. Und auf nichts kann ein Verband schwerer verzichten, als auf seine Autorität gegenüber der Außenwelt, die seine Stimme hören und achten soll, und gegenüber den Mitgliedern, die nicht nur überzeugt werden sollen, sondern auch glauben müssen, daß etwas geschieht.

## Wirtschaftsnachrichten.

Ein Jahr Arbeiterentlassungen bei den Vereinigten Stahlwerken. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten hat sich während des vergangenen Jahres folgendermaßen entwickelt:

	Arbeiter	Angestellte
Ende März 1931	105 100	14 900
Ende Juni 1931	102 900	14 000
Ende September 1931	97 100	13 600
Ende Dezember 1931	84 500	12 700

Ende 1929 waren noch 173 900 Arbeiter und 15 400 Angestellte beschäftigt.

Letzte Rettung vor der Hungersnot! HUGENBERGS Warnung vor der Hungersnot, die dem deutschen Volke drohe, wenn es sich nicht auf eigener Scholle ernähren könne, hat Widerhall gefunden. Der Abgeordnete Dr. SCHIFTAN von der Deutschen Volkspartei hat im preussischen Landtag erklärt, daß eine Ernte, die das deutsche Volk befähigt, seinen Nahrungsbedarf aus deutscher Erde zu decken, unmöglich sei, wenn die mangelhafte Herbstversorgung des Ackers mit künstlichen Düngemitteln nicht durch starke Frühjahrsgaben an Kali, Stickstoff und Phosphorsäure ausgeglichen werde. Dies sei zur Durchführung der Osthilfe (außerdem: der Hilfe für die chemische Industrie!) unbedingt erforderlich.

Der preussische Landwirtschaftsminister hat Verständnis für die Gefahr gezeigt und folgende Antwort erteilt: „Wegen der Verbilligung des Bezuges künstlicher Düngemittel sowie der Beschaffung von Krediten zum Bezuge solcher Düngemittel ist das Notwendige veranlaßt worden.“ — Was? Auf wessen Kosten?

Der englische Außenhandel. Die englische Gesamteinfuhr im Dezember 1931 stellte sich auf 77 Millionen Pfund. Sie ist um 6 Millionen Pfund geringer als im November, und um 13 Millionen geringer als im Dezember 1930. Die Gesamtausfuhr belief sich im Dezember 1931 auf 82 Millionen Pfund. Sie ist um 200 000 Pfund größer als im November 1931, dagegen um 6 Millionen Pfund geringer als im Dezember des Vorjahres.

Für das Jahr 1931 ergibt sich eine Gesamteinfuhr von 862 Millionen Pfund (Vorjahr: 1 044 Millionen Pfund). Die Gesamtausfuhr betrug 453 Millionen Pfund (Vorjahr: 658 Millionen Pfund). Der Einfuhrüberschuß ist von 386 Millionen Pfund im Jahre 1930 auf 409 Millionen Pfund im vergangenen Jahr gestiegen.

## Wo bleibt der Preisabbau?

Als BRÜNING seine große Notverordnung herausgab, stand der Großhandelsindex auf 104,6. Vier Wochen später (am 6. Januar) stand er auf 101,4. Der Rückgang beträgt rund 3 Prozent.

Warum die Agrarpreise kaum gesunken sind, wissen wir. Die Regierung wollte sie nicht senken. Um so stärker hätten, wenn BRÜNING'S Preissenkungsaktion nicht im Sande verlaufen soll, die Industriepreise, sinken müssen. Wie deren Senkung von statten geht, zeigt die nachstehende Tabelle, die wir dem neuesten Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung entnehmen. In ihr ist angegeben, um wieviel Prozent sich der Preis jeweils gegenüber dem Vormonat geändert hat.

	Monatliche Preisveränderungen.				
	(In Prozenten.)				
	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	6. Januar
Industrielle Rohstoffe und Halbwaren					
Insgesamt . . . . .	-1,4	-0,7	-0,3	-2,6	-3,0
Gebundene Preise . . . . .	-0,1	-0,2	-0,4	-2,7	-5,0
Freie Preise . . . . .	-4,2	-1,8	+0,2	-3,1	-3,0
Industrielle Fertigwaren:					
Produktionsgüter . . . . .	-0,2	-0,2	-0,7	-1,2	-1,8
Konsumgüter . . . . .	-1,4	-1,5	-1,2	-1,3	-1,6

Wir sehen: die Durchführung der Preissenkung geht nicht so programmäßig vor sich wie die Lohnsenkung. Wir werden darauf noch ausführlich zurückkommen. Rpt.

## Bulgarien.

Tz. Sofia, Januar 1932.

Wie die anderen südeuropäischen Länder leidet auch Bulgarien schwer unter der Wirtschaftskrise.

Den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, ist eine fast unlösbare Aufgabe geworden. Die im Juni 1931 neugebildete Regierung MALINOFF, die Regierung des „Volksblocks“, fand in der Staatskasse bei ihrem Amtsantritt 13 000 Lewa (rund 400.— Mark) bares Geld vor! Die vorhergehende Regierung hatte sich dadurch über die bestehenden Schwierigkeiten hinweggeholfen oder weggetäuscht, daß sie seit 1926 zwei für bulgarische Verhältnisse nicht kleine Auslandsanleihen in Höhe von insgesamt 5,5 Milliarden Lewa (170 Mill. Mark) aufgenommen hatte. Dadurch war sie zwar in der Lage, die Staatskasse für den Augenblick zu retten; — die Staatsfinanzen waren aber damit keineswegs in Ordnung gebracht.

Die Einnahmen betragen in dem am 31. März 1931 abgelaufenen Finanzjahr 5,6 Milliarden Lewa. Das waren 1,7 Milliarden weniger als veranschlagt und 1,2 Milliarden weniger als im Vorjahr. Für das laufende Finanzjahr 1931/32 ist der Haushaltsplan noch während der letzten Tage der früheren Regierung vom Parlament angenommen worden. In ihm sind 6,4 Milliarden Lewa Einnahmen vorgesehen. Es ist ganz unwahrscheinlich, daß diese Einnahmen herein kommen werden, denn während der ersten fünf Monate des Finanzjahres sind statt der veranschlagten 2,7 Milliarden nur rund 2 Milliarden Lewa eingegangen. Das Defizit für das ganze Finanzjahr wird auf 1,6 Milliarden Lewa geschätzt.

Wo soll gespart werden? Ueber 2 Milliarden Lewa sind erforderlich zur Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld (davon gehen 1,2 Milliarden ins Ausland). An diesem Posten kann ohne Bankrotterklärung nichts gespart werden. Um die Ausgaben den verminderten Einnahmen anzupassen, hat die Regierung zunächst vor, die Sachausgaben und Beamtengehälter um 30% zu kürzen. Dabei werden die unteren Gehaltsgruppen nur verhältnismäßig milde getroffen durch Kürzungen von 2%; die höheren Gehaltsgruppen erleiden Kürzungen bis zu 14%.

Die Regierung will, um die Notendeckung der Nationalbank nicht zu tief sinken zu lassen, versuchen, für die Auslandsverpflichtungen der bulgarischen Regierung ein Moratorium zu erhalten. Sie hofft, daß dann die Verzinsung und Tilgung der Privatschulden gegenüber dem Ausland möglich ist.

Die Handelsbilanz Bulgariens gibt erst neuerdings die Möglichkeit, Zinszahlungen an das Ausland tatsächlich zu leisten und nicht lediglich durch neue Schuldenaufnahme zu decken. Die Außenhandelsbilanz Bulgariens entwickelte sich seit 1928 folgendermaßen:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
	(In Milliarden Lewa)		
1928	7,04	6,23	-0,81
1929	8,32	6,40	-1,92
1930	4,59	6,19	+1,60
1931 10 Mon.	4,0	4,86	+0,86

Charakteristisch für die schlechte wirtschaftliche Lage des Landes sind auch folgende Zahlen: Im Jahre 1928 gab es in dem kleinen Bulgarien 95 Konkurse, 1930 waren es 224 (außerdem: 395 Zahlungsvergleiche), 1931 (erste 10 Monate): 191. Im Jahre 1928 sind 199 599 Wechsel im Werte von insgesamt 1432 Millionen Lewa zum Protest gekommen; 1930 waren es 354 185 Wechsel im Werte von 3009 Millionen Lewa. Man bedenke, daß Bulgarien ein Land mit etwa 5 1/2 Millionen Einwohnern ist!

## Alkoholverbrauch.

(In Prozenten von 1913 pro Kopf der alkoholverbrauchenden Bevölkerung.)

Jahr	Bier	Trinkbranntwein
1928	73,1	66,6
1929	76,6	72,4
1930	63,6	53,2
1931	etwa 55.	etwa 53.